

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Wolf und Jäger“ und „Kinderfreunde“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einseitige Konvertierung des 10 Pfennig, Restsumme 2.- Reichsmark. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Knappschaften und Beamten, Wallstr. 65

Tragische Folgen einer Wahl.

Neuer Stadtbankdirektor gewählt. - Selbstmord Bern Meyers.

Der Magistrat wählte gestern zum Vorstandsmitglied der Berliner Stadtbank und der Berliner Städtischen Sparkasse Herrn Erich Feidner, bisher Direktor bei der Danabank.

Die Wahl des neuen Stadtbankdirektors hatte tragische Folgen. Genosse Bern Meyer, der ebenfalls kandidierte, war durch den Ausgang der Wahl derart aus dem Gleichgewicht geworfen, daß er bald nach der Mitteilung des Resultats seinem Leben ein Ende machte.

Der Tod Bern Meyers beraubt auch die Sozialdemokratische Partei eines treuen Anhängers. Bern Meyer war 43 Jahre alt. Der Krieg machte ihn zum Sozialisten.

Seine Tätigkeit im elterlichen Kaufmannsgeschäft auf, studierte einige Jahre und arbeitete erfolgreich mit am Aufbau der Arbeiterbank. Seitdem war er im Michaelkonzern als Bankdirektor tätig, ohne daß ihn diese Tätigkeit befriedigte.

In der Magistratsitzung, die die Entscheidung gegen Meyer brachte, setzten sich die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder in erster Linie für die Wahl von Bern Meyer ein. Seine Wahl war dadurch gefährdet, daß durch Beurlaubung einige Magistratsmitglieder fehlten.

So erfolgte die Wahl Feidners.

Eine Antwort an Briand.

Der Genfer Kongreß der Völkerbundsligen.

Genf, 11. Juni. (Eigenbericht.)

Die Völkerbundstadt Genf sieht sonst nur amtliche Delegierte, Außenminister, Botschafter, Beamte und Parlamentarier in offizieller Mission auf den beiden Ufern des Sees und der Rhone zu internationalen Regierungstagungen versammelt. Zu Pfingsten waren diesmal die Vertreter der freien Völkerbundsvereine zusammengekommen.

Wie stets war der Kongreß aufgeteilt in vier Sektionen, Erziehung, Wirtschaft und Soziales, Minderheiten, politische und Rechtsfragen. Die Wirtschafts- und Sozialkommission (Vors. Dr. Dernburg, M. d. R.) legte sozialpolitische Entschlüsse vor, die eine für die Ausdehnung des Mindestalters für den Eintritt in den Beruf auf 15 Jahre (Berichterstatter: der englische Angehörigengewerkschaftler Elvin) und die andere für die Abschaffung der 3 w a n g s a r b e i t.

Die Politische und Rechtskommission - Vorsitzender der holländische internationale Anwalt und Völkerbundsdelegierte Limburgh, zugleich Präsident des Kongresses - behandelte vor allem die Organisation des Friedens. Aus drei von der englischen und einer von der deutschen Liga vorgelegten Entschlüsse destillierte eine Unterkommission einen Gesamtentwurf über die Unterjagung des Krieges, die internationale Regelung von Streitigkeiten die Sicherheit und über die Abrüstung heraus, der mit nur geringer Änderung auch das Plenum passierte.

Regierungsbildung in Rumänien.

Bauernpartei-General Presan beauftragt.

Die Rückkehr Carols ist mit Wissen und Zustimmung der Regierung Maniu erfolgt. Als Carol in Bukarest eintraf und das Militär auf seiner Seite hatte, schlossen sich auch die anderen Parteien ihm an.

Da nun die nationalparlamentarische Bauernpartei Maniu bei dem Unternehmen Carols mit dabei war, erhält sie nun auch die Regierungsbildung. Der ihr nahestehende General Presan übernimmt die Kabinettsbildung.

Im Zusammenhang mit dem Entschluß Manius, die Bildung des neuen Kabinetts nicht zu übernehmen,

gab die Leitung der Nationalen Bauernpartei folgende Erklärung ab: Der Vorsitzende der Nationalen Bauernpartei, Maniu, ist dem König Carol tief ergeben und billigt vollkommen den neuen Stand der Dinge, der nicht ohne seine Mitarbeit herbeigeführt worden ist.

1. Seit 15 Jahren befindet sich Maniu ununterbrochen in dem lebhaftesten politischen Kampf und im Dienste der Öffentlichkeit. Seine Gesundheit hat darunter sehr gelitten, eine Erholung von mehreren Monaten ist ihm durchaus notwendig.

2. Maniu glaubt nicht, daß im gegenwärtigen Augenblick seine Anwesenheit an der Spitze der Regierung unumgänglich notwendig sei, er ist vielmehr der Meinung, daß es gut wäre, kurz nach der Thronbesteigung König Carols eine Persönlichkeit mit der Regierungsbildung zu betrauen, die sich an den politischen

Kämpfen weniger oder garnicht beteiligt hat. Maniu ist davon überzeugt, dem König und dem Lande einen großen Dienst dadurch erwiesen zu haben, daß er vorgeschlagen hat, den Auftrag zur Kabinettsbildung entweder einem der Vizepräsidenten seiner Partei oder dem General Presan zu erteilen.

Auf ein sehr herzliches und dankerfülltes Telegramm, worin Carol dem Präsidenten der französischen Republik seine Thronbesteigung „infolge des Willens der Nation“ mitteilt, hat Doumergue folgende Antwort gegeben:

„Ich bin durch die Botschaft sehr gerührt, die mir Eure Majestät übermitteln haben, um von der Thronbesteigung Kenntnis zu geben und die Gefühle treuer Freundschaft zum Ausdruck zu bringen, die Eure Majestät gegenüber Frankreich und seiner Regierung befehlen. Ich bringe die aufrichtigsten Wünsche zum Ausdruck, daß Rumänien, ein Land, das allen meinen Landsleuten so sehr am Herzen liegt, unter der Regierung Eurer Majestät auf dem Wege des Wohlfühlens weiter fortschreiten möge.“

Noch nicht Gattin, aber schon Königin.

Bukarest, 12. Juni.

König Carol hat ein Dekret unterzeichnet, durch das die Prinzessin Helene zur Königin von Rumänien proklamiert wird. Die Ehescheidung soll aufgehoben werden; bevor das aber noch geschehen ist, wird Helene Königin. Vielleicht hat sie das zur Bedingung der neuen Ehe gemacht.

Wirtschaftspartei gegen Notopfer.

Eine kleine Anfrage gegen Moldenhauer.

Die Gesetzentwürfe über das neue Deckungsprogramm sind bisher dem Reichsrat noch nicht zugegangen. Der Demokratische Zeitungsdienst kündigt an, daß das Notopfer bereits im Reichsrat auf große Schwierigkeiten stoßen werde.

Die Wirtschaftspartei - auch eine Regierungspartei - hat einen sonderbaren Weg eingeschlagen, um ihren Einfluß auf die Gestaltung des Deckungsprogramms geltend zu machen. Sie hat im Reichstag eine - kleine Anfrage eingebracht! Die Anfrage lautet:

„Die Reichsregierung soll nach unwidersprochenen Nachrichten zu Lasten der sogenannten Festangestellten eine Sondersteuer in Höhe von 4 Prozent des Einkommens planen. Wenn diese Steuer auf die Angestellten ausgedehnt wird, so würde diese Belastung Bevölkerungsteile treffen, die schon heute kaum in der Lage sind, die für Alter, Krankheit und Invalidität erforderlichen Rücklagen zu machen und deshalb wirtschaftlich erheblich schlechter gestellt sind, als die durch Pension für Alter, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit gesicherten Beamten. Ist die Reichsregierung bereit, bei Ausarbeitung des

diesbezüglichen Gesetzentwurfes die dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen und die in Aussicht genommene Belastung der Angestellten ganz fallen zu lassen, bzw. lediglich auf diejenigen „Festbesoldeten“ zu begrenzen, bei denen ihrem Vertragsverhältnis, ihrer Stellung und ihrem Einkommen nach eine unmitelbare Notlage durch eventuelle Kündigung nicht eintreten kann.“

Die Zustände im Brüning-Block müssen erbaulich sein, wenn eine derartige „Kleine Anfrage“ möglich ist!

Severing spricht in Zürich.

Kommunistischer „Besuch“ angekündigt.

Zürich, 12. Juni.

Auf Einladung der sozialistischen Studentenschaft Zürich soll Reichsinnenminister a. D. Karl Severing am 18. Juni in Zürich über das Thema: „Parteien und Parteibindungen in Deutschland“ sprechen.

Das Züricher Kommunistenblatt „Kämpfer“ kündigt dazu an, daß die Kommunisten den Vortrag „besuchen“ werden. Demgegenüber stellt das sozialdemokratische „Volksrecht“ fest, daß die sozialistisch gesinnte Arbeiterchaft Zürichs auf der Hut sein und allen Störungsvorwürfen entgegenzutreten werde.

Der Schweidnitzer Prozeß.

Zür Nationalsozialisten besteht Waffenverbot — sagt Hitler.

Schweidnitz, 12. Juni. (Eigenbericht.)

In dem Schweidnitzer Prozeß gegen die Nationalsozialisten war am Donnerstag großer Tag. Hitler und Hauptmann Besser, der Reichsleiter der SA, waren als Zeugen anwesend. Aus der Umgebung von Schweidnitz kamen schon in den frühen Morgenstunden uniformierte Nationalsozialisten, um ihren Führer zu begrüßen. Größtenteils zogen sie durch die Straßen und berauschten sich an der verschandelten Internationale mit dem Refrain: „Der Nationalsozialismus erkämpft das Menschenrecht.“ Vor dem Gericht bildeten die Nationalsozialisten Spalier.

Um 9 Uhr erschien Hitler mit seinem Generalstab, von seinen Anhängern fanatisch begrüßt. Hitler tritt vor den Richterisch mit dem aus Italien importierten Faschistengruß. Der Vorsitzende verbilligt sich diesen Gruß. Dann stellt er an Hitler mehrere Fragen: Besteht ein Verbot für Nationalsozialisten, in gegnerischen Versammlungen Waffen zu tragen?

Hitler: Jawohl, einem Nationalsozialisten ist das Tragen von Waffen verboten. (!)

Rückfahlos wird aus der Partei ausgeschlossen, wer gegen dieses Verbot verstößt. „Schweren Herzens habe ich mich dazu entschlossen“, meint Hitler. Der Vorsitzende verliest darauf einen Sturmbefehl des Sturmes 13, in dem es zum Schluß heißt: „Es wird empfohlen (den Nationalsozialisten), Stöße mitzunehmen.“ Hitler erklärt, daß dieser Befehl nicht dem Geiste der SA entspreche. Zweite Frage des Vorsitzenden: Welche Stellung nimmt der Frauenorden vom Roten Hakenkreuz in der nationalsozialistischen Organisation ein? Hitler: Der Frauenorden ist eine selbsttätige Organisation, die vollkommen unabhängig von der nationalsozialistischen Partei ist und nur lose der Reichsleitung untersteht. Kein Führer hat das Recht, den Frauenorden zur Hilfeleistung aufzufordern. Der Vorsitzende verliest daraufhin aus dem Sturmbefehl 13 den Befehl des Sturmführers Rood, der besagt: „Ferner fordere ich in Freiburg zwei Schwestern, die sich den vier Schwestern von Waldenburg anschließen.“ Schwestern nennen sich die Mitglieder des Frauenordens

vom Roten Hakenkreuz. Hitler verneint die Zuständigkeit des Sturmführers. Tatsache aber bleibt, daß in der Schweidnitzer Versammlungsschlacht mehrere Schwestern vom Roten Hakenkreuz als Samatierinnen anwesend

waren und sich betätigt haben. „Wer bezahlt die Lastautos für die Fahrten der SA“, fragte der Vorsitzende weiter. Die Bezahlung erfolgt — so erklärte Hitler — von den SA-Leuten selbst, nur zuweilen werden kleine Zuschüsse von Ortsgruppen oder Kameraden geleistet.

Der Zeuge Hauptmann von Besser, Reichsleiter der SA, ein typischer Vertreter der braven gewordenen Offizierskaste, die noch neuer Macht strebt, hinterläßt den unglücklichsten Eindruck. Mit schnoddrigen Bemerkungen will er alles abtun. Es folgt dann noch die Vernehmung der Zeugen Parteisekretär Hoppe und des Reichsbannerführers Brath. Hoppe spricht unter spannender Aufmerksamkeit des Gerichts. Er kennzeichnet die Atmosphäre, die von den Nationalsozialisten geschaffen wurde, bevor es zu den Vorkommnissen im Schweidnitzer Volksgarten kam.

Wahnsinnige Verheerung der Jugendlichen,

übersteigertes Selbstbewußtsein wird von den verantwortlichen Leitern der NSDAP, genährt durch Beschimpfung der SPD und des Reichsbanners als Feiglinge, Lumpen und Verräter. In diesem Zusammenhang verliest Hoppe einen Versammlungsauftrag der Nationalsozialisten, in dem die politischen Gegner aufgeführt werden, in der Diskussion zu sprechen und den heiteren Teil des Abends zu beitreten. Dem Eindruck seiner Ausführungen kann sich das Gericht nicht verwehren. Der sonst so pöbelhafte, freche nationalsozialistische Verteidiger Frank versucht kaum einzugreifen. Es wird deutlich: die moralische Schuld der nationalsozialistischen Führer an den Vorgängen im Volksgarten wird mehr und mehr erhärtet. Der Beweis für die absichtliche Sprengung der Versammlung wird durch Zeugenaussagen folgen, die etwa noch drei Wochen andauern werden.

Deutsch-russische Schlichtung.

Zusammentritt am 17. Juni in Moskau.

Die im deutsch-russischen Schlichtungsabkommen vorgesehene Schlichtungskommission wird am 17. Juni in Moskau zusammentreten. Die Kommission, die gemäß dem Abkommen alljährlich zusammentreten soll, hat im vorigen Jahr mit Einverständnis der beiderseitigen Regierungen noch nicht getagt, weil seit den Dezemberverhandlungen 1928 in Moskau erst eine kurze Spanne Zeit vergangen war. Die Kommission, der für Deutschland Reichsminister a. D. v. Raumer, Geheimrat v. Rolke und Generalkonsul Schlegelberger von der Abteilung des Auswärtigen Amtes und für Rußland Prof. Stomajlow, der Leiter der Zentral-europäischen Abteilung des Außenkommissariats Stein und Dmolewki vom Handelskommissariat, angehören, wird ausschließlich wirtschaftliche Fragen behandeln. Die Deutschen haben eine Reihe Fragegruppen, in denen sich Differenzen über die Auslegung und Handhabung der Verträge ergeben haben. Dazu gehören Konzeptions-, Transit-, Niederlassungsfragen usw. Die Russen wünschen auch Zollfragen zur Sprache zu bringen. Die Liste der deutschen Fragen ist den Russen mitgeteilt worden. Politische Fragen gehören ebenso wie Kreditfragen nicht zur Kompetenz dieser Schlichtungskommission. Die Kommission hat nichts zu entscheiden, soll vielmehr die schwebenden Fragen so weit vorbereiten, daß sie für eine diplomatische Entscheidung reif werden.

Braun und der Staatsgerichtshof.

Ein abgewiesener Vorstoß der Deutschnationalen.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun hat in einer seiner letzten Landtagsreden die Entscheidung des Staatsgerichtshofes im Falle der Volksbegehrensklage der deutschnationalen Landtagsfraktion scharf kritisiert.

Er hat dem Staatsgerichtshof u. a. vorgeworfen, daß er mit dieser Entscheidung nach der Ansicht des Ministerpräsidenten über seine Zuständigkeit hinausgegangen sei. Weiter habe der Ministerpräsident erklärt, man könne sich der Vermutung nicht ganz entschlagen, daß der Staatsgerichtshof sich bei dieser Entscheidung mehr von dem Gesichtspunkt politischer Zweckmäßigkeit, als vom Rechtsstandpunkt hat leiten lassen, insbesondere, daß er sich hierbei nicht in den Grenzen seiner Zuständigkeit gehalten hat.

Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags hatte in diesen Ausführungen eine Erschütterung des Ansehens der Justiz und ihrer Organe gesehen und in einer im Preussischen Landtag eingebrachten Petition die Staatsministerien am Anstand darüber ermahnt, ob es die Ausführungen des Ministerpräsidenten in seiner Gesamtheit billige. Ministerpräsident Braun teilt in seiner Antwort mit, daß das Staatsministerium keinen Anstoß sehr zu der Angelegenheit nochmals Stellung zu nehmen, da sie bei der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums im Landtag erschöpfend behandelt worden sei.

Das Defizit im Reichshaushalt.

Insgesamt 1,25 Milliarden Mark.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht jetzt den Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1929/30, das am 31. März abgelaufen ist.

Danach stellen sich im ordentlichen Haushalt die Einnahmen auf 10.146,1 Millionen und die Ausgaben auf 10.545,7 Millionen, so daß sich eine Mehrausgabe von 399,6 Millionen ergibt. Zugleich der noch unbeglichenen Restausgaben am Schluß des Finanzjahres in Höhe von 65,4 Millionen stellt sich der Reibetrag im ordentlichen Haushalt auf 465 Millionen Mark, wovon 151,4 Millionen auf das Rechnungsjahr 1928 entfallen.

Im außerordentlichen Haushalt stehen 481 Millionen Einnahmen 384,2 Millionen Ausgaben gegenüber. Die Mehreinnahme stellt sich also auf 132,8 Millionen. Da sich jedoch aus den Rechnungsjahren 1926 bis 1928 ein Reibetrag von 604,5 Millionen angesammelt hat, ferner noch 47 Millionen unbeglichene Restausgaben hinzukommen, ergibt sich im außerordentlichen Haushalt ein ungedeckter Beitrag von 818,7 Millionen. Der Gesamtreibetrag im Finanzjahr 1929 stellt sich demnach auf 1,25 Milliarden Mark.

Die Reichsbahn will abbauen.

4000 Werkstättenarbeiter in ihrer Existenz bedroht.

Die Reichsbahn, die der Regierung Brüning die Arbeitsbeschaffung erleichtern soll — sie ist neben der Reichspost die große Hoffnung in den amtlichen Plänen der Arbeitsmarktleberung — beitätigt sich im eigenen Hause als sehr eigenartiger Helfer gegen die Not der Arbeitslosigkeit. Sie ist zur Zeit von neuem dabei, Tausende von Eisenbahnarbeitern auf die Straße zu werfen.

Im ganzen sind rund 4000 Werkstättenarbeiter vom Abbau bedroht, die angeblich zu viel sind. Davon sollen 1900 entlassen werden; den Rest, d. h. 2100 will man unter der Bedingung zunächst noch in den Betrieben belassen, daß die Organisationsvertreter sich mit der Einlegung von Forderungen für die nächsten Monate einverstanden erklären.

Über die neuen Abbaupläne der Reichsbahn wurde am Donnerstag zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Gewerkschaften sowie dem Hauptbetriebsrat verhandelt. Der Abbau wurde von den Vertretern der Gesellschaft mit der Hinweisung der Reichsbahn und mit dem Verlehrsrückgang zu begründen versucht.

Die Arbeitnehmervertreter erklärten, daß man, wenn schon Arbeitseinschränkung notwendig sei, zunächst die Heberarbeit einschränken müsse. Es sei einfach unverständlich, Entlassungen durchzuführen in einem Augenblick, wo noch immer in welchem Umfang Heberarbeit geleistet werde. Die Verwaltungsvertreter lehnten das ab.

Die Verhandlungen, die darauf ins Stocken kamen, mußten zunächst bis Sonnabend vertagt werden.

Am den Reichsbahn-Verwaltungsrat.

Die Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern.

Im dem verfassungsrechtlichen Streit zwischen dem Reich und den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden wegen Benennung von Mitgliedern zum Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat das Verfahren seit längerer Zeit gerast. Da nach dem Young-Plan die Möglichkeit bestand, daß die Zusammenlegung des Verwaltungsrates sich ändern würde.

Nachdem inzwischen das Gesetz zur Änderung des Reichsbahngesetzes in Kraft getreten ist, hat es die Reichsregierung für angezeigt gehalten, zur endgültigen Klärung der Rechtsfrage das Verfahren durchzuführen. Die Reichsregierung hat deshalb, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, beim Staatsgerichtshof den Antrag gestellt, das Verfahren wieder aufzunehmen.

Abgekühlte Freundschaft.

Nazis und Stahlhelm ziehen den Trennungsstrich.

In dem von jeher sehr innigen Verhältnis zwischen Stahlhelmern und Nationalsozialisten ist jetzt eine erhebliche Abkühlung eingetreten. So hat die nationalsozialistische Parteileitung auf eine Anfrage des Stahlhelms geantwortet, daß Mitglieder ihrer Partei nicht zugleich einem Wehrbund, also auch nicht dem Stahlhelm angehören dürfen.

Diese brüste Erklärung hat den Stahlhelm seinerseits zu einem Gegenzug veranlaßt, und der Bundesvorstand hat jetzt einen Befehl erlassen, daß jeder Stahlhelmer, der eingetragenes Mitglied der NSDAP ist, eingedenk seiner der Stahlhelmschne gesollten Treue, diese Mitgliedschaft aufzugeben hat.

Mit der vielfachen Heberabgrenzung der Nazis und Stahlhelmorganisationen ist es also nun vorbei. Man wird nicht mehr, wie bisher, parteimäßig organisierte Hakenkreuzler in den Reihen der Stahlhelmeute und keine Stahlhelmer mehr bei den Nazis sehen. Man wird abwarten müssen, ob diese Trennung den Rußsturz zu einem offenen Kampfe zwischen den beiden rechtsträuglichen Organisationen bildet. Möglich ist es schon, daß die Nationalsozialisten nach ihren Erträgen auf Kosten der Deutschnationalen aus tatsächlichen Gründen jede engere Verbindung mit dem zum ist deutschnationalen Wehrbünden abbrechen, um bei den kommenden Wahlkämpfen die deutschnationale Position um so rückfahlos berechnen zu können.

rüstung tätigen. Schwarz legte namens der deutschen Delegation besonders Wert auf die Einarbeitung des Kelloggspaktes in die Völkerbundscharta und die Vorschläge der hierfür eingeleiteten Esfertkommission, die die Befugnisse des Rates als Friedensstifter zu stärken beabsichtigen. Eine einstimmige Ratsentscheidung soll zukünftig den Willen der freien Staaten binden. Durch die Annahme der Entschliebung spreche sich der Kongreß für den Grundsatz aus, daß das Interesse der Staatenwelt den Vorrang vor den einzelnen Staaten haben müsse, selbst wenn ihre Rechtsansprüche davon berührt würden. „Wenn wir wirklich den Weltfrieden errichten wollen, so muß jeder von uns bereit sein, dem gemeinsamen Wohl Opfer an individuellen Rechten zu bringen.“ Das Ziel der modernen Arbeiterbewegung könne als Sicherheit für alle bezeichnet werden, Sicherheit zu leben, zu wachsen und sich frei zu entwickeln. Das was für Individuum gelte, gelte auch für Staaten: Sicherheit ist die Bedingung der nationalen Existenz und der freien Entwicklung der Nation. Sicherheit bedeutet nicht nur die Sicherheit für jeden Staat, isoliert innerhalb seiner eigenen Grenzen zu leben. Sie bedeutet viel mehr: sie ist die freie Zusammenarbeit der Nationen, um sich gegenseitig Dasein und Entwicklung zu gewährleisten.

Die Europadebatte des Kongresses selbst wurde dadurch bestimmt, daß erst wenige Tage vor seinem Zusammentritt das Briand'sche Memorandum ausgegeben worden war; das hatte zur Folge, daß keine der Völkerbundgesellschaften selbst dazu hatte Stellung nehmen können. Um so kennzeichnender war daher die unmittelbare Wirkung auf die Delegierten. So ernst das Memorandum genommen und so sehr die Initiative Briands als ein neuer Antriebs für internationalen Politik grundsätzlich bewillkommnet wurde — nicht weniger deutlich kamen die Gefahren zum Ausdruck, die der Plan in sich birgt, neben dem Völkerbunde eine ihm allzu ähnliche Staatenorganisation mit beschränkter Basis zu schaffen. Als Graf Bernstorff die Bedingungen aufstellte, daß eine neue kontinentale Organisation sich nicht gegen Aufstehende richten, daß sie keinen Grund für die Verzögerung der Abrüstung darstellen und den Kinderheitenschutz nicht ausschließen dürfe, fand er einhelligen und starken Beifall. Ganz allgemein und gerade auch von neutralen Seite kam zum Ausdruck, daß eine partielle Bundesorganisation ähnliche Gefahren in sich bergen wie die Bündnisgruppierungen der Vorkriegszeit. Angesichts der durch das Briand-Memorandum aufgewühlten Probleme sah der Kongreß daher von einer Stellungnahme ab, sondern forderte die gründliche Untersuchung des Problems und übertrug diese Aufgabe, zu einer begründeten Haltung zu kommen, seiner ständigen politischen und Rechtskommission, die in Danzig zusammentreten wird.

Das Beste über das europäische Problem ist in Genf wohl nicht auf dem Kongreß der Völkerbundstaaten selbst, sondern in der unmittelbar vorhergehenden Tagung des Verbandes für europäische Verständigung gesagt worden, die durch die Teilnahme Dr. Rudolf Breitschelds Gewicht erhielt. Dieser gab, wie schon kurz berichtet wurde, seiner großen Befriedigung über die kühne Initiative Briands Ausdruck, „einen ersten Schritt auf dem Wege zu einer irgendwie gearteten Vereinigung Europas zu tun.“ Er bezeichnete das Briand'sche Memorandum nur als einen ersten Entwurf und warnte davor, daß der Mechanismus des Völkerbundes ungünstig beeinflusst und seine weltumfassende Bedeutung irgendwie beeinträchtigt wird. Nicht zuletzt kann gerade das von Briand vorgeschlagene besondere Sekretariat in Kollision mit dem Völkerbund geraten. Ganz allgemein besteht die Möglichkeit, daß die außereuropäischen Staaten ihr Interesse an der Genfer Organisation verlieren.

Es ist zu bedauern, daß Briand in seinem Memorandum den Begriff der Souveränität so stark in den Vordergrund stellt. Er sollte aus dem völkerrechtlichen Gedanken überhaupt verschwinden. Jeder Vertrag hebt die Selbstbestimmung des Einzelstaates nach außen hin auf. Wenn man sich aber auf den Boden dieser Souveränität stellt, so muß man zugeben, daß Deutschland sie nicht wie die anderen Staaten besitzt. Hierbei braucht man an die einseitige Abrüstung und die entmilitarisierte Zone erinnert zu werden. An die Stelle des Begriffes der Souveränität sollte lieber die Gleichheit unter den Nationen gesetzt werden.“ Dr. Breitscheid erklärte, er spreche nur als Privatmann, aber er könne sich sehr wohl vorstellen, daß die deutsche Regierung bei der vorgesehenen europäischen Konferenz ähnliche Voraussetzungen aufstellen werde. Auch müsse in den Statuten einer europäischen Kooperation ausdrücklich die internationale Reversibilität der Verträge vorgesehen werden. „Mit dem Begriff der Sicherheit werde leider mancher Unfug getrieben und daß man nun gar die wirtschaftliche Verständigung von der sogenannten Sicherheit abhängig machen will, ist mir schwer begreiflich. Ich würde mich im Gegenteil an dem Standpunkt stellen, daß eine Bereinigung der wirtschaftlichen Gegensätze, daß das Zustandekommen eines wirtschaftlichen geeinten Europa tatsächlich eine der denkbar besten Garantien gegen Krieg und Angriff sein würde. Der Zusammenschluß wird und muß sich vollziehen ohne Rücksicht auf den Begriff der Souveränität, denn über dem einzelnen Staat wie über Europa steht die Gemeinshaft der Völker.“

Wo sind die verschwundenen Milliarden?

Wahrscheinlich für Rüstungszwecke ausgegeben.

Paris, 12. Juni. (Eigenbericht.)

In der Finanzkommission der Kammer berichtete Finanzminister Renaud die Ausführungen des Berichterstatters über den Verbleib der verschwundenen Milliarden des Schatzamtes als richtig. Von den 18 Milliarden, die Pointare und Chéron als Reserven aufgespeichert hatten, seien nur noch 12 Milliarden vorhanden. Von diesen 12 Milliarden seien bereits sieben für „besondere Ausgaben“ reserviert, so daß für das 17-Milliarden-Projekt Tacchini nur noch knapp 5 Milliarden verbleiben. Wo die verschwundenen 7 Milliarden geblieben sind, sagte Renaud nicht. Man wird nicht fehl gehen, wenn man mit einem Teil der französischen Einkopfleister annimmt, daß sie für die Zwecke der nationalen Verteidigung, den Ausbau der Festungen an der Nordostgrenze, der Luft- und Marinekräfte verwendet wurden.

Heberauf auf Stahlhelmer. In Homburg wurden aus Ziel zu greiffe und als Stahlhelmer durch die Uniform kennliche junge Leute plötzlich von einer Anzahl Burden überfallen. Die Täter schlugen, als Polizeibeamte erschienen, und entkamen. Einer der Heberfallenen wurde erheblich verletzt und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Handbuch der Internationale.

Standardwerk über Sozialismus und Arbeiterbewegung.

Die Ergebnisse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale bereitet die Publikation eines grundlegenden Nachschlagewerkes vor, das die Geschichte und Gegenwart der internationalen Arbeiterbewegung ausführlich darstellt. Das Werk soll in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinen; die deutsche Ausgabe zuerst, den Verlag hat die Buchhandlung J. S. W. Diez Nachf. in Berlin übernommen.

Von den drei Bänden wird der erste die Geschichte der sozialistischen Bewegung von ihren frühesten Zeiten bis zur Gegenwart nach Ländern geordnet enthalten. Den Einzeldarstellungen der Landesbewegungen geht eine Geschichte der internationalen Organisation der Arbeiterbewegung und eine kurze ideengeschichtliche Darstellung voran. Der Geschichte der sozialistischen Parteien wird jeweils eine Uebersicht über die Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Kultur-, Jugend-, Frauenbewegung und des sozialistischen Zeitungs- und Verlagswesens angeschlossen. Ein ausführliches Namen- und Sachregister wird dem Bande angehängt. Der zweite Band soll

die Biographien aller Persönlichkeiten, die in der Geschichte oder Literatur des Sozialismus und der Arbeiterbewegung besondere Bedeutung erlangt haben,

darstellen. In der ersten Abteilung werden jene Politiker, Gelehrte, Gewerkschaftler und Genossenschaftler behandelt werden, die nicht mehr leben, deren Biographie also abschließend dargestellt werden kann. Diese Abteilung wird ein Gegenstück zu den allgemeinen biographischen Nachschlagewerken sein, die den Sozialismus meistens stark vernachlässigen. In der zweiten Abteilung werden die Daten über die in der Gegenwart praktisch und theoretisch in der Arbeiterbewegung wirkenden Persönlichkeiten, soweit sie eine besondere Funktion haben oder in der Literatur hervorgetreten sind (Parlamentarier, Wissenschaftler, Gewerkschaftler, Genossenschaftler, Hauptredakteure), gesammelt. Im ganzen werden mehr als neuntausend Personen in diesem Bande behandelt werden. Der Raum, der der einzelnen Biographie gewidmet wird, schwankt entsprechend den wiederzugebenden Tatsachen zwischen wenigen Zeilen und mehreren Seiten. Im dritten Band soll

alle tatsächlichen und theoretischen Probleme, die in der sozialistischen Bewegung Bedeutung erlangten, nach Schlagworten geordnet, erörtert

werden. Dabei werden vor allem die wichtigsten Beschlüsse internationaler oder Landeskongresse in ihrer historischen Entwicklung berücksichtigt.

Das ganze Werk soll sowohl den Weg zur wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung erschließen, als auch den täglichen praktischen Bedürfnissen des Journalisten, des Partei- und Gewerkschaftsarbeiters sowie allen politisch Tätigen und Interessierten überhaupt dienen.

Die deutsche Ausgabe wird vom Verlag Diez bereits zur Subskription aufgelegt. Der Ladenpreis jedes Bandes beträgt 35 Mk., der Subskriptionspreis 30 Mark. Die Subskriptionsfrist schließt am 31. Dezember 1930. Für die je ein Jahr später erscheinenden Bände behält sich der Verlag eventuell einen entsprechenden Preiszuschlag vor. Subskriptionen nehmen alle Buchhandlungen, vor allem die Verlagsbuchhandlung Diez, Berlin 68, Lindenstraße 3, entgegen.

Ueberraschungen im Fälscherprozess.

Merkwürdige Äußerungen des Angeklagten.

Der gestrige Ueberwonnensfälscher-Prozess brachte noch zwei Ueberraschungen. Mehrere Stunden, nachdem Sabathieroschwiel den Schimpfbrief Karumidzes an den Rechtsanwalt Dr. Beer verlesen hatte, zog sich das Gericht ganz unerwartet unter Zurücklassung der Schöffen ins Beratungszimmer zurück. In der Zwischenzeit erschien im Gerichtssaal Generalstaatsanwalt Wilde. Nach Rückkehr der Berufsrichter erklärte der Vorsitzende, es sei behauptet worden, Karumidzes Brief enthalte Verunglimpfungen der Sowjetregierung; das Gericht habe nichts Derartiges herausgehört. Sodann erhob sich der Staatsanwalt und gab auch seinerseits eine Erklärung ab, daß Karumidzes Schriftsatz seiner Ansicht nach keine Verunglimpfungen der Sowjetregierung enthalten habe. Sollte das jedoch der Fall sein, so rüde die Staatsanwaltschaft ganz entschieden von denselben ab.

Die zweite Ueberraschung brachte Sabathieroschwielis Aussage. Er begann äußerst weisshäutig, schilderte Karumidzes Rolle während des Krieges, die Schicksale Georgiens während und nach der bolschewistischen Revolution, die Verbindung des kaukasischen Komitees und Karumidzes mit deutschnationalen Kreisen, erwähnte den Namen des Generals Krefz von Krefzenstein, des Generals Hoffmann und Ehrhardt und erklärte, daß die Anregungen zu den Ueberwonnensfälschungen von deutschen Kreisen ausgegangen seien, die bereits vorher ähnliche Fälschungen versucht hätten.

Der Staatsanwalt gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß diese Behauptung vollkommen neu sei; Sabathieroschwiel hätte dergleichen früher nie behauptet. „Ja“, erwiderte darauf dieser, „bis jetzt habe ich geschwiegen, aber nun, da es hart auf hart geht, habe ich keinen Grund mehr, mit der Wahrheit zurückzuhalten.“ — „Wer waren denn die Leute, von denen die Anregung ausgegangen ist?“ fragte der Staatsanwalt. „Darüber behalte ich mir die Erklärungen vor“, laut Sabathieroschwiel stolz wie ein Spanier. Man darf gespannt sein, wann der Angeklagte sein Geheimnis lüften wird.

Dänische KP. aus!

Uebertritt zur Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 12. Juni.

„Sozialdemokraten“ veröffentlicht heute eine von 14 ehemaligen führenden Kommunisten Dänemarks unterschriebene Erklärung, in der die Unterzeichneten feststellen, daß sie es nicht länger für möglich halten, im Rahmen der kommunistischen Partei zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung zu arbeiten. Sie hätten daher beschlossen, in die Sozialdemokratische Partei einzutreten. Das Blatt erklärt dazu in einem Leitartikel: Wir glauben ohne Ueberdeutung diesen Uebertritt zur Sozialdemokratie die endgültige Liquidation des Kommunismus in Dänemark nennen zu dürfen.

Der entscheidende Punkt.



„Woher soll ohne Uniform die politische Begeisterung kommen?“

Frankreich für Schiedsgerichtsgesetz.

Vorlage fast einstimmig angenommen.

Paris, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat am Donnerstag den Beitritt Frankreichs zur internationalen Schiedsgerichtsklausel mit 567 gegen 13 Stimmen angenommen.

Die Regierung hat inzwischen die meisten Vorbehalte, die sie an die Ratifikation knüpfte und die von der außenpolitischen Kommission energisch bekämpft worden waren, fallen gelassen. So wollte die französische Regierung sich das Recht vorbehalten, alle Streitigkeiten, die auf Grund von Sonderabmachungen, die Frankreich mit den einzelnen Staaten abgeschlossen hat oder in Zukunft abschließen wird, geregelt werden können, der Kompetenz des Haager Schiedsgerichts zu entziehen. Diese Reserve fehlt im neuen Entwurf und wird auf die Formel beschränkt, daß alle internationalen Verträge respektiert werden sollen. Desgleichen läßt die Regierung die Forderung fallen, daß alle die Streitigkeiten, die die souveränen Rechte des Staates und seine nationale Sicherheit berühren, von der Zwangsschiedsgerichtsbarkeit ausgenommen werden sollen. Diese Forderung wird jetzt durch den Vorschlag ersetzt, daß der internationale Schiedsgerichtshof selbst über die eigene Kompetenz zur Beurteilung des Falles zu entscheiden haben wird.

Im Verlauf der Debatte beglückwünschte der Sozialist Grumbach Frankreich dazu, daß es die erste Großmacht sei, die den Vertrag unterzeichne und damit einen Schritt weiter zur Befestigung des internationalen Friedens tue — einen Schritt, den die Sozialisten von Herzen begrüßten, da er eine ihrer ältesten Forderungen und eine Lieblingsidee Jean Jaurés verwirklichte. Die Kommunisten täten sehr unrecht daran, diesen Akt, der eine Vorbereitung des Briand'schen Planes zur Reorganisation Europas darstellt, ins Lächerliche zu ziehen und als Bluff zu bezeichnen.

Denn gerade dadurch, daß Frankreich den Pakt ohne Reserven unterzeichnet habe, sei der Beweis erbracht, wie ernst es damit sei.

Der radikale Abg. Cot unterstrich in Uebereinstimmung mit Grumbach den Umstand, daß durch die Unterzeichnung der Schiedsgerichtsklausel

Frankreich auf einen Teil seiner Souveränität verzichte.

Der ehemalige Ministerpräsident Herriot betonte, daß die internationale Schiedsgerichtsbarkeit nur einen Schritt auf dem Wege zum Frieden darstelle, der aber allein zur Sicherung des Friedens nicht genüge. Das Genfer Protokoll sehe drei Postulate vor: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Doch könne Frankreich so lange nicht abrüsten, wie seine Sicherheit nicht garantiert sei. Ebenso sei der Plan Briands unrennbar an die Forderung nach vorherigen Sicherheitsgarantien geknüpft.

Außenminister Briand betonte, daß auch durch die Schiedsgerichtsbarkeit ein Krieg theoretisch nicht ausgeschlossen werde, praktisch aber auf immer und durchführbare Schwierigkeiten stehe. In 25 Fällen habe seit dem Kriegsende das Haager Schiedsgericht interveniert. Ihm stehe als Instanz der Beförderung der Völkerbundrat zur Seite. Das seien positive Erfolge der Friedenspolitik, die es erlaube, der Zukunft mit Optimismus entgegenzusehen.

Paul Boncour unterstrich ebenfalls die Wichtigkeit des neuen Vertrages und beglückwünschte Briand zu seiner Initiative des europäischen Staatenbundes. Ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien (!) könne natürlich von einer Abrüstung vor der Hand keine Rede sein.

Schobers Eisenbahngesetz.

Abschaffung von Personalrechten.

Wien, 12. Juni.

Die Regierung hat dem Nationalrat die zweite Novelle zum Bundesbahngesetz vorgelegt. Als Zweck der Vorlage wird angegeben, eine Reihe von Unvollkommenheiten und Mängeln abzuschaffen. Im wesentlichen werden drei Hauptziele verfolgt: Eine Regelung des Dienstrechtes und der Personalvorschriften durch Gesetz bzw. Verordnung soll die personalwirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigen. Hierbei wird den Angestellten eine Frist bis 1. September bzw. 31. Dezember zur Erzielung einer Vereinbarung mit der Leitung der Bundesbahnen eingeräumt. Weiter soll der staatliche Einfluß auf die Bundesbahnen, besonders durch das Recht der Regierung zur Ernennung und Abberufung des Präsidenten und Vizepräsidenten der Verwaltungskommission, sowie der leitenden Funktionäre und durch stärkere Einflüsse auf die Tarif- und Kreditpolitik gestärkt werden. Endlich soll der innere Aufbau den bewährten Einrichtungen bei den Großbahngesellschaften angenähert werden. Zu diesem Zweck werden Verwaltungskommission und Vorstand die reine Verwaltung zu führen haben, wobei Präsident und Vizepräsident der Verwaltungskommission gleichzeitig die leitenden Funktionäre des Vorstandes sind. Zur geschäftlichen Ueberwachung ist ein fünfjähriger von der Regierung ernannter Aufsichtsrat vorgesehen.

In sozialpolitischer Hinsicht ist an dem neuen Gesetz wichtig und bezeichnend, daß der Personalvertretung das weitgehende Mitbestimmungsrecht in Personalfragen mindestens stark eingeschränkt, wenn nicht ganz genommen wird und daß die Eisenbahner vor die „Wahl“ gestellt werden, zuzustimmen oder auszuscheiden: Friß Bogel oder stirb!

Blutige Abwehr des Warenboykotts.

Ueberall Tote und Verletzte.

Bombay, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Der indische Kriegsrat gab nach dem Zusammenbruch der Salzkampagne den Befehl, Boykottposten vor die englischen Geschäftshäuser zu stellen. Sie sollten die Käufer am Eintritt in die Läden verhindern. Seit etwa einer Woche wurde diesem Befehl von den indischen Freiwilligen Folge geleistet, so daß eine empfindliche Störung für das englische Geschäftstreiben und eine Schädigung der Indusier zu verzeichnen war. Jetzt hat der Vizekönig den Kampf gegen den Boykott der Geschäfte mit den gleichen Mitteln wie gegen die Salzkampagne aufgenommen.

Die Polizei geht genau so wie früher vor. Zunächst fordert sie die Boykottposten auf, auseinanderzugehen. Widersehen sich die Freiwilligen, dann greift die Polizei mit Bambusstöcken ein. Die Folge ist, daß sich Menschenmengen sammeln und Steine gegen die Polizei gemorren werden. Es kommt zu Verhaftungen, Verlesungen und zu Schieberereien. Diese Vorgänge werden aus zahlreichen Städten gemeldet. Ueberall sind Tote und Verwundete zu verzeichnen. Auf den Dörfern breitet sich die Boykottbewegung ebenfalls aus.

Demonstrationen trotz Polizeiverbotes.

Bombay, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Als Erinnerung an die blutigen Ereignisse in Scholapur hatte der allindische Führer Bhanu „Scholapuritag“ ausgerufen, der durch eine große Prozession begangen werden sollte. Trotz des Polizeiverbotes versuchten große Menschenmengen, hauptsächlich Frauen, der Demonstrationssparole am Donnerstag Folge zu leisten. Die Polizei trieb die Massen auseinander, konnte jedoch nicht verhindern, daß sich in vielen Seitenstraßen große Hügel formierten, die mit Fahnen, Gesängen und Fackeln durch Bombay zogen. Bemerkenswert war die aktive Teilnahme vieler Mohammedaner.

Kriegshilfe freibleibend angeboten.

Was Koning dem christlichen Vorkrieg nachsagt.

Hanking, 12. Juni. (Kontor.)

Nach amtlichen Berichten der hiesigen Regierung soll ihr General Fongjuchiang angeboten haben, auf ihre Seite zu treten und die Schanzstruppen anzugreifen, wenn er drei Millionen Dollar und die Erlaubnis erhalte, die Provinzen Tschü, Schanxi und Honan mit seinen Truppen zu besetzen. Präsident Tschangkaifschel habe das Angebot des Generals abgelehnt und ihn anheimgestellt, als Beweis seiner Aufrichtigkeit zuerst die Schanzstruppen anzugreifen.

Cobans Nachfolger. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat am Mittwoch den Griechen Agnides zum Nachfolger des Norwegers Coban als Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats ernannt. Agnides gehört dem Beamtenstab des Völkerbundssekretariats seit 1920 an. Er war zunächst in der Abrüstungsabteilung und in letzter Zeit in der politischen Abteilung tätig.

Parteiaufschwung in Amerika. Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten hat — wie uns aus New York gemeldet wird — in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ihrer Mitgliederkampagne 6000 neue Mitglieder gewinnen können.

Eine Bürgerkriegstruppe.

Die Sturmabteilungen Hitlers, ihre Organisation und ihr Zweck.

Das Verbot des Tragens der sogenannten Parteiuniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei durch den preussischen Innenminister war schon seit langer Zeit zu einer staatspolitischen Notwendigkeit geworden.

In dem Erlass des preussischen Innenministers wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß zum Tragen der Uniform auch alle Gegenstände gerechnet werden, die die Zugehörigkeit zu den Unterorganisationen der NSDAP, also der Sturmabteilungen (SA), Schutzstaffeln (SS) usw. kennzeichnen. Was sind nun diese Sturmabteilungen? Von den Nationalsozialisten wird immer behauptet, daß diese Abteilungen und Schutzstaffeln nichts anderes sind als Sportabteilungen. In Wirklichkeit sind diese Staffeln, wie sie von den Nationalsozialisten genannt werden,

eine festgefügte Kampftruppe, die das Rückgrat der Nationalsozialistischen Partei bilden.

Die sogenannten Sportabteilungen — richtiger Sturmabteilungen, die mit Sport überhaupt nichts zu tun haben — sind seit dem Herbst 1926 planmäßig von Hitler organisiert. Im Bereich jeder Ortsgruppe sind die besonders zuverlässigen und geeigneten Nationalsozialisten in den Sturmabteilungen zusammengefaßt, unter eigenen, von lokalen Parteifunktionären gegenüber selbständigen Führern. Alle Sturmabteilungen unterstehen der Befehlsgewalt des obersten SA-Führers in München, der zur Zeit Hauptmann von Pfeffer ist. Dieser oberste Führer ist allein Hitler verantwortlich. Die Gliederung der Sturmabteilungen ist selbstverständlich streng militärisch. Die unterste Einheit ist die Gruppe, dann kommt der Trupp, mehrere Trupps bilden den Sturm, mehrere Stürme eine Standarte und sämtliche Standarten eines Gau's den Gau Sturm. Bei besonders großen Gauen werden die Gau Stürme in Brigaden zusammengefaßt. Deutschland ist im Augenblick in fünf sogenannte Oberbezirke für die Sturmabteilungen eingeteilt. Jeder dieser Oberbezirke umfaßt mehrere Gau Stürme.

Die fünf Führer der Oberbezirke sind alles ehemalige aktive Offiziere. Unter ihnen befindet sich der faßsam bekannte Hauptmann a. D. Stemmer in Berlin. In Dresden ist Kapitänleutnant a. D. Killinger der Führer, in Hannover ein Major a. D. Dinklage.

Die „friedlichen Ziele“ der nationalsozialistischen Sturmabteilungen gehen u. a. auch daraus hervor, daß jeder Sturm zwei ausgebildete Sanitäter haben muß, die innerhalb der Standarte wieder eine besondere Sanitätsabteilung bilden. Die militärische Disziplin entspricht der militärischen Gliederung der Sturmabteilungen. Die Mitglieder der Sturmabteilungen, die natürlich alle Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sind, müssen eine besondere Erklärung abgeben, in der sie lautharige Disziplin versprechen, das heißt unbedingten Gehorsam gegenüber ihren Führern. Daß dieser Gehorsam die fanatische Verteidigung des nationalsozialistischen Umsturzprogrammes verspricht, daß jeder SA-Mann sich urteillos der Führung unterwirft, ist eine Selbstverständlichkeit, die in Reden gerade der verantwortlichen Führer der NSDAP immer wieder erhärtet wird.

Neben der Sonderorganisation der Sturmabteilungen besteht noch eine zweite, die der Schutzstaffeln (SS). Sie werden in allen Ortsgruppen aus den besten und zuverlässigsten Parteimitgliedern gebildet. Sie stehen miteinander in Verbindung und sind

ebenfalls organisatorisch unter einer Oberleitung in München zusammengefaßt. Ihre Aufgabe ist der Versuchungsschutz, die Werbung von neuen Mitgliedern und für den Fall von Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern die Abwehr. Außerdem haben sie den besonderen Schutz des Parteiführers Hitler zu stellen. Auch die SS sind ähnlich streng militärisch gegliedert wie die SA und sind ebenfalls im Bereich ihrer organisatorischen Aufgaben dem örtlichen Parteileiter gegenüber unabhängig. Die Uniform der SS-Mitglieder ist schwarz. Bedingung für den Beitritt zu den Schutzstaffeln ist ein Alter von 23 bis 35 Jahren, eine Mindestgröße von 1,70 Meter und mindestens einjährige Parteizugehörigkeit sowie die Bürgerschaft zweier weiterer Parteimitglieder.

Ganz bewußt sollen die Schutzstaffeln eine Eliteabteilung der NSDAP darstellen und eine Art parteipolitische Geheimpolizei bilden.

Sie müssen ebenfalls unbedingt gehorchen und unverbrüchlich schweigen können. Das unbedingte Schweigen über alle Vorgänge innerhalb der Organisation ist eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme in die Staffeln. Schon deshalb werden in die Schutzstaffeln überhaupt nur Leute aufgenommen, von denen man erwartet, daß sie ihr Leben lang Nationalsozialisten bleiben. Dem Wesen dieser ganzen strengen Organisation der Schutzstaffeln entspricht es, daß fast alle führenden Stellen mit ehemaligen aktiven Offizieren besetzt sind, daß genaue Mitgliederverzeichnisse mit einer Art Stammtafel und Erkennungsworten geführt werden.

Daß die NSDAP zur Erreichung ihrer staatsfeindlichen Ziele sich in erster Linie ihrer Kampftruppen, eben dieser Sturmabteilungen und Schutzstaffeln, bedienen will, hat sie in zahlreichen öffentlichen und internen Kundgebungen verraten. In den nationalsozialistischen Briefen, die Gregor Strasser herausgibt, hat es noch in letzter Zeit immer wieder geheißen, daß der Terror, den angeblich die anderen politischen Parteien gegen die Nationalsozialisten ausüben, nur mit dem gleichen Terror niedergezwungen werden könne. In diesen Briefen wird ferner immer wieder betont, daß die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln die Polizei der NSDAP zu bilden und sich völlig auf diese Aufgabe einzustellen haben. Zur Beobachtung der politischen Gegner sorgt ein besonders gebildeter Nachrichtendienst. Die Sprengung gegnerischer Veranstaltungen ist sein Ziel. Immer wieder heißt es, „solange es nicht anders geht, füge dich der Staatsgewalt, tröste dich, später rechnen wir ab“. Zwar ist die Leitung der NSDAP vorsichtig und bezeichnet alle solche Auslassungen häufig auch in den „Nationalsozialistischen Briefen“ als unverbindliches Diskussionsmaterial, weil sie ganz genau weiß, daß solche Anweisungen unter Umständen von den Gerichten und dem Staatsgerichtshof als gegen die Verfassung verstoßend bezeichnet werden und somit Anlaß sein könnten, die NSDAP zu verbieten. Diese Vorsichtsmassregeln werden auch stets in den offiziellen Kundgebungen der nationalsozialistischen Parteileitung beobachtet, die es peinlichst vermeidet, Ausdrücke zu gebrauchen und Befehle zu geben, deren Inhalt als Aufforderung zum Verstoß gegen bestehende Gesetze gedeutet werden könnten.

Nichtsdestoweniger ist es eindeutig und klar, daß die Sturmabteilungen den Grundstock einer nationalsozialistischen unterstützenden Armee darstellen und darstellen sollen.

Der oberste Führer der Sturmabteilungen, Pfeffer, hat schriftlich wie mündlich immer wieder geäußert, daß die Sturmabteilungen den Keim zu der künftigen Wehrmacht eines nationalsozialistischen Deutschlands bilden, daß die Sturmabteilungen sein mühen der Ausdruck des Machtwillens der politischen nationalsozialistischen Bewegung. Im Sinne der SA-Formationen müsse, so führte Pfeffer wiederholt aus, jedes Polizeiverbot, jede ernsthaftige polizeiliche Schikane wirkungslos abprallen, denn ihr Zweck und ihre Aufgabe sei der Kampf um die Macht im Staate, der Kampf um den Staat selbst. Die „Braunen Hemden“ sollen diesen Kampf mit allen Mitteln führen, so wollen es die Führer, so sprechen sie sich in aller Deutlichkeit in Rundschreiben aus, die beispielsweise bei den nationalsozialistischen deutschen Studentengruppen auf den Universitäten kursieren. Selbstverständlich werden in den Sturmabteilungen auch die Mitglieder zumindest die Unterführer, in militärischen Operationen und im Gebrauch von Militärwaffen ausgebildet. Trotz aller Ablehnungen der Leitung der NSDAP ist erwiesen, daß solche Ausbildungskurse gehalten worden sind, damit die Sturmabteilungen für den angestrebten gewalttätigen Umsturz auch militärisch vorbereitet werden. Zu diesem Zwecke versuchen die Nationalsozialisten so auch die Machtmittel des Staates, Reichswehr und Polizei, für sich zu gewinnen und vor allen Dingen mit jüngeren Offizieren der Reichswehr in enge Verbindung zu treten. Die letzten Vorgänge in Süddeutschland (Ulm) sind dafür bezeichnend. Daß Zellen innerhalb der Reichswehr und Schutzpolizei aufgebaut werden oder immer wieder der Versuch dazu gemacht wird, ist ebenfalls bekannt. Hitler hat dennoch auch in letzter Zeit wiederholt erklärt, daß seine Partei jeden ungesetzlichen Weg verschmähe. Mit diesen Auslassungen wird jedoch nur der Zweck verfolgt, ein behördliches Verbot zu vermeiden. Denn ein solches Verbot der Nationalsozialistischen Partei würde naturgemäß die gesamte Bewegung hemmen, zumal ein illegales Fortbestehen gerade die Werbung nach außen fast unmöglich machen würde.

Aus alledem geht hervor, wie berechtigt und zugleich notwendig scharfe Maßnahmen der verantwortlichen Stellen gegen die nationalsozialistische Umsturz Bewegung sind und wie notwendig es war, daß Preußen die Offensive gegen die Rechtspolitischen aufnahm.

Aufforderung zur Umgehung des Verbotes.

Die Berliner Gauleitung der Haltenkreuzler fordert zu einer Umgehung des Uniformverbots auf. Künftig soll die Uniform ersetzt werden durch das Braunhemd und den demonstrativen Hitlergruß.

Genossenschaftstagung in Stockholm.

Stockholm, 12. Juni.

Der internationale Konjunktionsgenossenschaftsbund begann heute seine 31. Tagung. Vom Auslande waren die Organisationen von Deutschland, England, Norwegen, Dänemark und Estland vertreten.

Der Kongreß wurde von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats Direktor Bachman eröffnet, der einen Überblick über die großartige Entwicklung der schwedischen Konjunktionsgenossenschaften gab. Die Mitgliederzahl jetzt über 420.000 beträgt. Namens des Zentralverbandes der deutschen Konjunktionsgenossenschaften sprach Direktor Max Josephsohn, der zusammen mit Direktor Bauer Deutschland vertritt.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Geiger; Schriftföhrer: G. Klingelböcher; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revueleiter: R. D. Böhm; Grafen und Grafinnen: Frau Karoline; Anzeigen: Th. Glöckler; Buchhändler: Berlin: Herold-Verlag G. m. b. H.; Berlin: Druck: Normata-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Voss Verlag u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2; Diers 3 Beilagen und „Stabbeilage“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königsstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Sommt Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten. Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust Pfd. 0.94	Schmorfleisch 1.10 Kn. 1.34
Kalbsnierenbraten 1.00	Roastbeef m. Knoch. Pfd. 1.10
Kalbsschnittel Pfund 2.30	Schweinerücken mit Big. 1.04
Hammelvorderfl. Pfd. 1.08	Schweineschinken u. Kamm, mit Beilage, Pfund 1.14
Lieser 0.65 Gehackf. 0.85	Kaffler mild gesalzen, Pfund 1.30
Suppenfleisch Pfund 0.78	Nierentalg ausgel., Pfund 0.50
Gulasch Pfund 0.98	Rinderkamm u. Brust, gefror., Pfd. 0.84
Rinderkamm u. Brust Pfd. 0.88	

Wurstwaren

Dampf- u. Rotwurst 0.96	Feine Leberwurst Pfd. 1.80
Leber- u. Fleischwurst 1.15	Teewurst 1.80 grobe 1.85
Jagd- u. Mettwurst Pfd. 1.40	Königsstr., Rosenthaler Str., Moritzplatz
Cierwurst u. Morladella Pfund 1.50	Süzwurst Pfund 0.55
Filetwurst u. Schinken, polnische, Pfd. 1.70	Spekwurst Pfund 0.85
Zerelat u. Salami Pfd. 1.70	Berlin, Mettwurst Pfd. 1.20

Fische

Kabeljau ohne Kopf, gr. Fische, Pfd. 0.16 an
Seelachs ganze Fische, Pfd. 0.18 an
Rotbars ohne Kopf, Pfd. 0.20 an
Kabeljau-Filet Pfund 0.26 an
Schellfisch Pfund 0.26
Makrelen 2 Pfund 0.25

Räucherwaren

Fettbücklinge Pfund 0.35 an
Seelachs in Stücken Pfd. 0.38
Schellfisch Pfund 0.38
Kieler Bücklinge Pfd. 0.58
Aale Pfd. 2.70 an, Bund 0.30 an
Matjes-Heringe 2 Stk. 0.25 an

Konserven

Apfelsmus hell 1/2 Dose 2.70 1/4 Dose 0.54
Birnen halbe Frucht, ohne Zucker Pfund 0.65
Pflaumen 0.60 ohne Stein 0.75
Saure Kirschen 0.95 ohne Stein 1.25
Mirabellen 1/2 Dose 0.58 0.95
Brech- u. Schnitt-Bohnen Pfund 0.58
Junge Erbsen 1/2 Dose 0.70 fein 1.20
Konfitüre 1/2 Eimer Pflaumen 0.90
Orange, Johannisbeer Pfund 1.15
Kirsch, Himbeer 1.30 Erdbeer 1.40

Wein

Edelapfelwein Pfund 0.60
1929 Oberhaardter Tisch- u. Bowlenwein 0.73
1928 Wöllsteiner Hölberg Rheinhessen 0.95
1928 Plattener Neuberg spritz. Mosel 1.20
1928 Liebfraumilch (blaue Kapsel) Pfund 1.50
1928 Clottener Brauneberg würzig 1.80
Johannisbeerwein extralein vom Faß, Liter 0.85
Feiner Kirsch- und Himbeersaft 1/2 Flasche 0.85
Wein vom Faß besonders billig

Einkochgläser „Globus“

für 1/2 Liter ohne Ring 0.32	1/2 Liter 0.34	1 Liter 0.36	1 1/2 Liter 0.42	2 Liter 0.48
mit Ring 0.36	0.38	0.40	0.42	0.48
Gummiringe 10 Stück 0.20				0.30
Einkoch-Apparat komplett mit Thermometer 4.90				

Obst u. Gemüse

Stachelbeeren unreife, Pfund 0.20	Kohlrabi Md. 0.20	Salat K. 0.10
Tomaten Ital. Pfund 0.28	Grüne Gurken Stk. v. 0.18 an	
Tafeläpfel austral., Pfund 0.50	Junge Möhren 3 Bund 0.25	
Bananen 2 Pfund 0.98	Junge Schoten 2 Pfund 0.45	
Radieschen 4 Bund 0.10	Spargel Pfd. 0.05 0.24 0.58	
Rhabarber 3 Pfund 0.10	Kartoffeln neue 5 Pfund 0.68	

Käse u. Fett

Camembert vollfett, Schachtel 0.20	Edamer u. Holländer 0.90
Limburger 0.38 vollfett Pfund 0.78	Schweizer bayrischer, vollf. Pfd. 1.38 an
Teppenkäse halbfett Pfund 0.68	Margarine Pfund 0.50 0.58
Tilsiter vollfett, Pfd. von 0.72 an	Molkereibuffer Pfund 1.36
Dän. Schweizer 1/2 Pfund 0.80	Tafelbutter Pfd. 1.48 1.52
Steinbuscher vollf., Pfd. 0.90	Dän. Butter la Qualität Pfund 1.62

Kolonialwaren

Bruchreis 0.18 Tafelreis 0.26	Makkaroni Hartgriech, Bruch, Pfund 0.44
Kartoffelmehl Pfund 0.19	Makkaroni Ital. Art, Pfund 0.68
Weizengriech Pfund 0.30	ler-Schnitt-Nudeln 0.50
Hartgriech Pfund 0.34	Kalif. Aprikosen Pfd. 0.82

Gebrannter Kaffee

Konsum- Mischung Sorte II Pfd. 2.10	eigene Rösterei
Mischung Sorte I Pfd. 2.40	Haushalt-Mischung 2.80
	Sonder-Mischung Pfd. 3.20

Gänse

junge Pfund von 135 an

Reh-

Ragout Blatt Pfund 25, 90 Pfd. an

Leb. Aale

u. Schiele Pfund von 120 an

Möhner

gefroren Pfund von 82 Pfd. an

Möhner

frisch geschlachtel Pfund von 118 an

Junge Brathähnchen

Stück von 105 an

Neues Krankenkassenheim

Das Haus der AOK. Berlin in Krummhübel — Im Dienst der Volksgesundheit

In diesen Tagen wird ein neues, prächtiges Erholungsheim der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin in den Dickst der Volksgesundheit gestellt. Im schönsten Teil des Riesengebirges, in dem herrlich gelegenen Oberkrummhübel, ist unter der Leitung und nach den Plänen des Architekten Albert Gottschalner, der auch das schöne Heim der AOK in Oberschreiberhau erbaut hat, ein Bau entstanden, in dem unter Vermittlung jedes unnötigen Luxus höchste Zweckmäßigkeit mit gediegener Schönheit Verbindung gefunden hat. Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, mit ihren 500 000 Mitgliedern die größte Arbeiterversicherung der Welt, hat einen neuen Beweis ihrer wertvollen Arbeit im Interesse der Volksgesundheit gegeben.

Zu einer schlichten Eröffnungsfeier hatten sich die Vertreter der Gewerkschaften, des Vorstandes und die Direktoren der AOK und der Behörden zusammengefunden. Unter den Gästen bemerkte man auch den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Brandenburg, Genossen Brühl, vom Versicherungsamt der Stadt Berlin waren Obermagistratsrat Dr. Stolze und Magistratsrat Hennemann anwesend. Direktor Cohn und Direktor Bauer vertraten die Direktion der AOK. Der Vorsitzende des Vorstandes, Genosse Kürnberg, hielt eine bedeutsame Rede, in der er auch auf die drohenden Abbaumassnahmen in der Krankenversicherung einging. Mit der Eröffnung des neuen Hauses besitzt die Ortskrankenkasse Berlin neun Heime mit annähernd 600 Betten. Diese Häuser wollen den Großstadtmenschen, die durch Arbeit und Not gesundheitlich schwer geschädigt sind, Lebensfreude, Mut und neue Energie spenden. Darüber hinaus wirken auch in volkshygienischer Beziehung erzieherisch. Das bisher Geschaffene konnte nur erreicht werden durch die Stärke und Geschlossenheit der großen Organisation, in der annähernd 40 Versicherungen zu einer einheitlichen leistungsfähigen Kasse zusammengeschlossen worden sind. Vieles sei jedoch noch zu tun, denn man dürfe nicht vergessen, daß die AOK trotz ihrer 500 000 Mitglieder nur ein Drittel der Gesamtversicherungspflichtigen in Groß-Berlin erfasst. Scharf wandte sich der Redner dann gegen den Anschlag auf die soziale Versicherung.



Das Hauptgebäude des neuen Erholungsheimes.

Es hat eine Zeit gegeben, wo man die deutsche Arbeiterversicherung nicht genug loben konnte. Das ist in den Jahren 1914 bis 1915 gewesen, wo man die Versicherungen des deutschen Arbeiters als Muster für das Ausland hinstellte. Während Frankreich jetzt darangeht, nach deutschem Beispiel eine Arbeiterversicherung aufzubauen, möchten arbeitserleidende Kreise bei uns das großzügige Werk sozialer Hilfe jerschlagen.

Esrauscherweise habe die internationale Förderung der Arbeiterversicherung in letzter Zeit Fortschritte gemacht. Dem Internationalen Arbeitsamt in Genf ist jetzt eine Internationale Vereinigung von Krankenkassen angeschlossen, die bereits drei Jahre besteht, und die die Aufgabe hat, den Gedanken der sozialen Versicherung in alle Länder zu tragen. Der Vorsitzende übergab dann das Haus in die Hände des zuständigen Dezernenten Seidel, ehemals Vorsitzender der Lichtenberger Krankenkasse. Direktor Cohn sprach dem Architekten des Hauses dann noch den besonderen Dank der Direktion für die vorzügliche und schnelle Arbeit aus.

Das Haus, das vorläufig nur Frauen aufnehmen wird, ist herrlich an einem Abhang gelegen, und rings von schönem Walde und Wiesen umgeben. Es liegt an einem der höchsten Punkte des

Ortes und man hat von den Terrassen einen schönen Ausblick in die romantische Bergwelt mit ihren lieblichen Tälern. Die Vorderfrontlänge beträgt 45 Meter, die Tiefe annähernd 15 Meter. Früher stand an der Stelle des neuen Baues ein Sanatorium, das kurz nach dem Kriege von der AOK Lichtenberg erworben ist. An das Haus schließen sich große Liegehallen an, die mit Schiebestern versehen sind. Die geschlossene Front hat eine Länge von 166 Meter. In geordneter Lage befindet sich noch geschickt angeordnet ein Wirtschaftsgebäude. Die sehr schwierigen und umfangreichen Arbeiten sind in einer erstaunlich kurzen Bauzeit von 41 Wochen durchgeführt worden. Das Hauptgebäude gliedert sich in vier übereinanderliegenden Geschossen. Das Untergeschoss enthält die Badaanlagen und die aufs modernste eingerichtete Küche. Im Hauptparterre befinden sich die Eingangshalle, die Dielen und die Gemeinschaftsräume. Alle Gemeinschaftsräume sind mit Lautsprecheranlagen versehen. In den übrigen Geschossen befinden sich die einzelnen Zimmer, die Raum für siebenzig Patienten bieten. Auch für die gesamte, ganz dem Charakter des Hauses als einer Erholungsstätte angepasste Innenaarchitektur zeichnet Architekt Gottschalner verantwortlich. Besonders Lob gebührt der Malerhütte Berlin, die als soziales Unternehmen sämtliche Malerarbeiten in künstlerisch hervorragender Weise ausführte. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß auch der Bauhüttenbetriebsverband Schlesien an dem Bau beteiligt war.

Wenige Wochen vorher ist in Krummhübel ein anderes Heim, das „Haus Brandenburg“, der Benutzung übergeben worden, das gleichfalls für die Aufnahme minderbemittelter Kranker von Architekt Gottschalner erbaut worden ist. Es handelt sich um einen Neubau des Verbandes der Krankenkassen in der Provinz Brandenburg, das für 75 Patienten eingerichtet ist. Auch hier überall Zweckmäßigkeit und Gediegenheit.

Im Paternenlicht sehe ich eine Kodjalschlange, die sich windet und dreht, als fühle sie noch immer die Weitschmerzen, während ihr Kopf schon völlig zerstückt ist. Vera hatte Wachtposten vor meinem Hause aufgestellt, um mich vor der Rauche der Schlange zu schützen. Ich beende meine Arbeit. Vera setzt sich zu mir. Die Palmölampe verbreitet ihr mildes Licht über meine elegantesten Möbel, die hier zusammengetragen sind, um den Eindruck eines Salons zu erwecken. Es sind nur ein Tisch und ein Stuhl aus Europa, noch ein paar weitere Stühle und Tische, die aber von den Eingeborenen verfertigt sind, sowie ein Schrank für das Tischgeschirr. Ein paar Kisten, von weichen Fellen bedeckt, sind schräg nebeneinander gestellt und sollen ein Ruhebett vortäuschen. Auf dem Fußboden liegen bunte Matten, die Wände sind mit verschiedenerlei Waffen der Eingeborenen behängt, Felle von Leoparden, Panther, Tigertagen, Seidenaffen und Otapis liegen überall. In einer Ecke umgibt eine Sammlung von Saiteninstrumenten der Eingeborenen eine reich verzierte Feststimmle. Das Feinste aber ist eine Pyramide aus Elefanten- und Flußpferdhäuten, von deren Spitze der Hausgott der Awonguras aus schwarzen Perlenaugen herabguckt. Und Vera selbst erscheint wie eine Bronzestütze auf einer weichen Säule, denn ihr lockiger Kopf und die braune Brust steigen aus dicker, schaumweicher Seide empor. Wir trinken Wein. Schulmeisterhaft belehre ich sie, daß es noch keineswegs bewiesen ist, daß die eben getötete Schlange tatsächlich dieselbe ist, die bei der morgendlichen Jagd entkam. Und selbst wenn es so ist, so hat sie nicht mich getötet, sondern ist einfach dem Geruch der Haut der Schlange nachgegangen. Vera aber antwortete nur mit einem feinen Lächeln, das eine solche Unergründlichkeit ihrer Anschauungen wieder spiegelt, daß ich eine Fortsetzung der Belehrung als nutzlos einstellte. Plötzlich sagte Vera:

„Auf dem Heimwege bittet Vera mich, die schöne gestreifte Schlangenhaut wegzuworfen. Ich lehne ab, ich will sie als Trophäe behalten. Da sagt Vera: „Ihr Weissen glaubt, daß der Biß der Kodjalschlange gefahrlos ist, weil ihr die Giftzähne fehlen. Aber Vera kann dir erzählen, daß derjenige, den sie beißt, von Wahnsinn befallen wird. Wahnsinnig bleibt der Gebissene drei Mondwechsel lang. Dann kehrt sein Verstand zurück, aber nur, weil er sterben muß. Und er stirbt unter großen Schmerzen. Die Kodjalschlange, die stets paarweise lebt, greift den Menschen nie an, wenn sie nicht gereizt wird. Wenn aber das eine der beiden Tiere getötet wird, dann sucht das andere den Täter auf und beißt sich an ihm fest. So starr verkrampt sie sich in den Feind, daß ihr Rachen aus seinem Fleische herausgeschnitten werden muß.“

„Von der prächtigen Schlangenhaut trenne ich mich nicht! Sollte bloß fehlen, daß man sich von den Schwarzen ins Bodshorn jagen läßt!“

„Tue es, tue es, Judchi, sonst wird Veras Kind ohne Vater sein, ehe es noch geboren ist!“

„Ich sehe sie erkaunt an, und sie lächelt mit blutüberströmtem Antlitz: „Erinnerst du dich jener Vollmondnacht, vor deiner großen Krankheit, Judchi, als alle Tiere im Walde Hochzeit hielten!“

„Ich nehme sie auf den Arm, ich singe und tanze und mache die wunderbarsten Gebärden, so daß meine Schwarzen gewiß glauben müssen, daß die Schlange mich schon gebissen hat. Die Haut aber wird vor meiner Veranda zum Trocknen aufgehängt.“

„Als ich des abends an meinem Arbeitstisch saß, hörte ich mit einem Male hohes Geschrei, gefolgt von pfeifenden Beißschreien, die auf die Erde klatschten. Zwischen durch ertönt wütendes, durchdringendes Zischen.“

„Judchi, was soll aus unserm Kinde werden? Denn ehe noch ein Bazillenzug verstrichen ist, werden wir es sehen.“

„Den ganzen Tag lang hat mich Veras Bekannnis immer wieder wie etwas Reiches, Feines, Schönes, gestreift. Und mitunter habe ich törichte, zmediose Dinge getan, wie ein Kind sie tut, wenn es sich über ein gönlich unerwartetes Geschenk freut. Als ich nicht gleich antwortete, spricht Vera weiter: „Es gibt ja noch mehr Welke, die hier bei uns Vater geworden sind, wenn es auch nicht gerade viele sind. Aber ich

Im Paternenlicht sehe ich eine Kodjalschlange, die sich windet und dreht, als fühle sie noch immer die Weitschmerzen, während ihr Kopf schon völlig zerstückt ist. Vera hatte Wachtposten vor meinem Hause aufgestellt, um mich vor der Rauche der Schlange zu schützen. Ich beende meine Arbeit. Vera setzt sich zu mir. Die Palmölampe verbreitet ihr mildes Licht über meine elegantesten Möbel, die hier zusammengetragen sind, um den Eindruck eines Salons zu erwecken. Es sind nur ein Tisch und ein Stuhl aus Europa, noch ein paar weitere Stühle und Tische, die aber von den Eingeborenen verfertigt sind, sowie ein Schrank für das Tischgeschirr. Ein paar Kisten, von weichen Fellen bedeckt, sind schräg nebeneinander gestellt und sollen ein Ruhebett vortäuschen. Auf dem Fußboden liegen bunte Matten, die Wände sind mit verschiedenerlei Waffen der Eingeborenen behängt, Felle von Leoparden, Panther, Tigertagen, Seidenaffen und Otapis liegen überall. In einer Ecke umgibt eine Sammlung von Saiteninstrumenten der Eingeborenen eine reich verzierte Feststimmle. Das Feinste aber ist eine Pyramide aus Elefanten- und Flußpferdhäuten, von deren Spitze der Hausgott der Awonguras aus schwarzen Perlenaugen herabguckt. Und Vera selbst erscheint wie eine Bronzestütze auf einer weichen Säule, denn ihr lockiger Kopf und die braune Brust steigen aus dicker, schaumweicher Seide empor. Wir trinken Wein. Schulmeisterhaft belehre ich sie, daß es noch keineswegs bewiesen ist, daß die eben getötete Schlange tatsächlich dieselbe ist, die bei der morgendlichen Jagd entkam. Und selbst wenn es so ist, so hat sie nicht mich getötet, sondern ist einfach dem Geruch der Haut der Schlange nachgegangen. Vera aber antwortete nur mit einem feinen Lächeln, das eine solche Unergründlichkeit ihrer Anschauungen wieder spiegelt, daß ich eine Fortsetzung der Belehrung als nutzlos einstellte. Plötzlich sagte Vera: „Auf dem Heimwege bittet Vera mich, die schöne gestreifte Schlangenhaut wegzuworfen. Ich lehne ab, ich will sie als Trophäe behalten. Da sagt Vera: „Ihr Weissen glaubt, daß der Biß der Kodjalschlange gefahrlos ist, weil ihr die Giftzähne fehlen. Aber Vera kann dir erzählen, daß derjenige, den sie beißt, von Wahnsinn befallen wird. Wahnsinnig bleibt der Gebissene drei Mondwechsel lang. Dann kehrt sein Verstand zurück, aber nur, weil er sterben muß. Und er stirbt unter großen Schmerzen. Die Kodjalschlange, die stets paarweise lebt, greift den Menschen nie an, wenn sie nicht gereizt wird. Wenn aber das eine der beiden Tiere getötet wird, dann sucht das andere den Täter auf und beißt sich an ihm fest. So starr verkrampt sie sich in den Feind, daß ihr Rachen aus seinem Fleische herausgeschnitten werden muß.“

denke immer wieder: Kann es so einem Kinde jemals gut ergehen?“

„Ich beginne über dieses Problem zu grübeln. Immer und überall sind die Schwierigkeiten des Lebens die gleichen! Und ich antworte in die blaue Luft hinein. Aber Vera läßt nicht locker: „Judchi, versprich mir, daß du bestimmt wieder hierher zurückkehrst, wenn du nach Europa fährst!“

„Das kann ich nicht versprechen, liebe Vera!“

Vera denkt eine Weile nach. Denn erhebt sie sich und wünscht gute Nacht. Ihre Augen sind wie glühende, zum Ueberlaufen volle Brunnen. Ich komme in meinen Gedanken zu dem Schluß, daß das Leben einem gewiß schwer werden kann, wenn man nicht so, wie es üblich und daher recht ist, auf die Welt gekommen ist. Aber, Herr Gott, das Kind hat doch keine Mutter und die Familie seiner Mutter. Und von seinem Vater wird es hellere Haut erben, die ja so vornehm ist. Selbstverständlich werde ich alles tun, was ich kann. Ich freue mich auf dieses Kind, um Vera als junge Mutter zu sehen, freue mich darauf, mit den beiden zusammen zu sitzen und mich heimlich, als Familienvater zu fühlen!

Einige Tage vergehen.

Vera ist etwas blässer im Gesicht geworden, besonders um die Augen, magerer ist sie auch als früher, und sie wirkt so mitleiderregend auf mich. „Liebe Vera!“ sage ich und nehme sie in meine Arme. Bermüdet fühle ich, wie schlant sie ist. „Ich habe unser Kind getötet, Judchi!“ flüstert sie und gleitet auf den Boden nieder, die Arme um meine Knie geschlungen. „Sei mir nicht böse, Judchi! Ich weiß wohl, du hast dich gefreut auf das Kind und hattest mich leinetwegen noch lieber. Aber ich habe in deinem Gesicht gelesen, daß du niemals mehr hierher zurückkehren wirst, wenn du erst einmal in dein Dorf reise! Und da habe ich nachgedacht und so gedacht, wie mein geringer Verstand es eben vermag: wenn du das Kind mit dir nimmst, dann wird es sich nach dem Bande der großen Wälder und der breiten Ströme zurückziehen, und bleibt es hier, so wird doch irgendwo in seiner Seele eine Landschaft sein, über der die Sonne niemals untergeht! Und bei uns Wandern ist es so, daß wir dem nicht viel Ansehen schenken, der nirgends wirklich daheim ist und der nicht in sich selber fühlt: dies ist mein Stamm, in dem will ich leben, dies ist mein Geschlecht, dessen Eigenschaften auch die meinen sind!“

(Fortsetzung folgt.)

Wie Herr Busch Geschäfte machte.

Lutke bekennt sich als Strohmann.

Der Vertreter der Erben des verstorbenen Stadtrates Busch, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Werthauer, ist aus Holland, wo er mit Lutke verhandelt hatte, nach Berlin zurückgekehrt. In den Unterredungen mit dem Holländer, die in Gegenwart des Rottterdammer Advokaten Verhey stattfanden, bestritt Lutke nochmals seine bereits dem Kriminalkommissar Siefert gegebene Darstellung, daß er mit den auf seinen Namen von Busch in Deutschland angelegten Vermögenswerten nichts zu tun gehabt habe und auch jetzt nichts zu tun haben wolle. Er sei grundsätzlich bereit, auf diese Werte nunmehr auch formell zugunsten der Alleinerbin, der Witwe, zu verzichten, nur machte er insofern Bedenken geltend, als er die Möglichkeit von Schadensersatzansprüchen gegen die Erben des früheren Stadtrates in Aussicht stellte.

Lutke wies dabei darauf hin, daß ihm durch die ganze Angelegenheit und durch die Art und Weise, wie Busch ihn zum Strohmann seiner Privatgeschäfte gemacht habe, erheblichen finanziellen Schaden entstanden seien, für die er sich unter Umständen schadlos halten müsse. Schließlich erfolgte eine Einigung mit dem Nachlassverwalter auf der Grundlage, daß Lutke dem Rechtsanwalt Dr. Werthauer in einer Reihe notariell beglaubigter Vollmachten die tropischen Anteile und sonstigen Vermögenswerte in Höhe von etwa 150 000 Mark zugunsten des Nachlasses von Busch übertrug, daß aber gleichzeitig der Nachlassverwalter sich verpflichtete, diese nunmehr von den Erben in Besitz genommenen Vermögenswerte wieder dem Holländer zu verpfänden, damit dieser bei etwaigen Schadensersatzansprüchen gesichert sei. Ueber die genannte Summe von 150 000 Mark hinaus dürften noch weitere versteckte Werte Buschs existieren, über die später noch mit Lutke verhandelt werden soll. Die Annahme, daß der ehemalige Stadtrat auch in Holland Gelder angelegt hat, scheint sich nicht zu bestätigen, da Lutke erklärte, daß nach seiner Kenntnis der Dinge Busch sein Geld nur in Deutschland angelegt habe, wobei er zwei Arten von Geschäften machte, indem er nämlich einmal die Gelder, die er aus Provisionen und sonstigen Zuwendungen erhielt, unter dem Decknamen Lutkes in Unternehmen einbrachte, und dann wiederum das hierbei verdiente Geld in anderen Gesellschaften ebenfalls unter Benutzung des Holländers als Strohmann anlegte.

Wieder Todesopfer der Autofahrt.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Auto und Motorrad.

Erst gestern mußten wir von einem schweren Motorradunglück in Mariendorf berichten, bei dem ein Dreißigjähriger getötet und sein Begleiter lebensgefährlich verletzt wurde. Am Donnerstagabend ereignete sich in Charlottenburg an der Ecke der Drogen- und Kärntner Straße ein ähnliches folgenschweres Unglück.

Wen auf der Straßenkreuzung stieg ein Motorrad, auf dem sich zwei Personen befanden, in voller Fahrt mit einem Privatauto zusammen. Das Motorrad wurde so unglücklich von dem Auto erfaßt, daß es völlig zertrümmert wurde. Der Führer des Rabes, ein 24jähriger Willi Becker aus der Straßener Straße 47 erlitt so schwere Verletzungen, daß er wenige Minuten später an der Unfallstelle verschied. Sein Begleiter, der gleichaltrige Heinrich Horawski aus der Klosterstraße 49, wurde bewußtlos aus den Trümmern geborgen. Er wurde durch die Feuerwehr in das Wilmersdorfer St.-Hildegard-Krankenhaus gebracht, wo er bedenklich darniederliegt. Der Führer des Privatautos, Dr. Hans Schön aus Lichterfelde, Großbeerenstraße 13, blieb unversehrt. Nach Zeugnisaussagen sollen die Führer beider Fahrzeuge versucht haben, die Straßenkreuzung in übermäßig schneller Fahrt zu nehmen. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Wer in Berlin lebt, lebt lange.

Äußerst geringe Sterbeziffer in der Reichshauptstadt.

Das Preussische Statistische Landesamt gibt in der „Statistischen Korrespondenz“ eine Betrachtung über die Bevölkerungsbewegung in Preußen, die auch vom sozialen Gesichtspunkt aus von Bedeutung ist.

Die Zahl der geschlossenen Ehen hat sich im Freistaat Preußen mit rund 365 000 nicht verändert. Sie übersteigt also noch wie vor die Ziffer des Vorjahres 1927. Selbst gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr 1913 hat sie zugenommen. Die Stadt Berlin ist führend. Am seltensten heiratet man nach der Statistik in der Grenzmark.

Von besonderer Bedeutung sind, volkswirtschaftlich gesehen, die Geburtenziffern. Hier ist ein weiterer Rückgang festzustellen. Die höchste Geburtenziffer wies Oberschlesien auf. Daneben aber stand das gleiche Oberfeld in der Säuglingssterblichkeit mit 13,5 Proz. an der Spitze, eine traurige Tatsache, die auf die von uns oft geschilderten sozialen Zustände in dieser preussischen Provinz zurückzuführen ist. Die Stadt Berlin zeigt die niedrigste Geburtenziffer. Der Geburtenrückgang ist eine Folge der schweren wirtschaftlichen Lage, in der sich weite Kreise der Bevölkerung befinden, und der noch immer nicht genügend ausgebauten sozialen Fürsorge, die von der Sozialdemokratie in den Vordergrund ihres Wirkens gestellt, zum Teil aus Mangel an Mitteln, zum großen Teil aber auch aus Mangel an gutem Willen bei den bürgerlichen Parteien mit den Sorgen und Räten der Zeit nicht Schritt halten konnte.

Leider ist auch die Sterblichkeitsziffer gegenüber dem Vorjahr gestiegen, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß in das Jahr 1929 die sibirische Kälte fällt, die namentlich die Zahl der Sterbefälle an Grippe und anderen Erkältungskrankheiten erheblich erhöhte. Die geringste Sterbeziffer wies nach Westfalen (12,1 vom Tausend) das vielgescholtene Groß-Berlin (12,8 vom Tausend) auf, — ein Beweis dafür, daß der Ausbau der öffentlichen hygienischen Fürsorge keine fegensreichen Folgen hat. Es handelt sich nicht um hinausgeworfenes Geld, sondern um die Erfüllung der Pflicht, für Gesundheit und Leben der steuerzahlenden Bürger noch besten Kräften zu sorgen.

Der Geburtenüberschuß war gegenüber den Vorjahren und namentlich gegenüber den Jahren der Vorkriegszeit gering. Er weist aber immer noch die Ziffer von 207 757 auf. Der Rückgang gegenüber 1929 beträgt rund 70 000, eine Ziffer, bei der allerdings die schon erwähnte höhere Sterblichkeit 1929 zu bedenken ist.

Die Grundlage einer gesunden Bevölkerungspolitik ist eine gesunde Sozialpolitik. Die Ziffern der Vorkriegsjahre tragen, weil damals Preußen ein reiches, durch keinen verlorenen Krieg in Not und Schanden geratenes Land war. Deshalb aber ist die Aufgabe des Staates, nach den vorhandenen geringen Mitteln gerade die Sozialpflichten in den Vordergrund zu stellen. Hier, auf hinzuweisen und hinzuwirken, wird die Sozialdemokratie nie veräußen.

Direktor Weber muß zahlen.

300 000 Mark an die Bank für Deutsche Beamte.

In dem Schadenersatzprozeß, den die in Liquidation befindliche Bank für Deutsche Beamte durch ihren Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dr. Roth, gegen den verantwortlichen Leiter des zusammengebrochenen Unternehmens, Direktor Joseph Weber, angehängt hat, ist jetzt von der 33. Kammer des Landgerichts III eine Entscheidung gefällt worden. Direktor Joseph Weber wird verurteilt, an die Bank 300 000 Mark Schadensersatz nebst 8 Proz. Zinsen ab 1. Januar 1929 zu zahlen, da das Gericht von seiner Schuld an den finanziellen Nöthständen überzeugt ist. Ferner ist er zu den Kosten des Verfahrens verurteilt worden. Das Gericht hatte bekanntlich schon vor der Entscheidung dieses Prozesses auf das Vermögen des Beklagten einen Arrest in Höhe von 300 000 Mark ausgedrückt. Direktor Joseph Weber hat die beim Kammergericht dagegen eingelegte Beschwerde kürzlich zurückgezogen, so daß der Arrest rechtskräftig ist. Auch gegen den Direktor Alois Weber ist seinerzeit vom Gericht ein Schadenersatzanspruch der Bank ausgesprochen worden, der aber nicht eintreibbar ist, da Alois Weber inzwischen den Offenbarungseid geleistet hat.

In dem Vergleichsverfahren der Bank für Deutsche Beamte i. L. ist übrigens Anfang dieses Monats die erste Quote in Höhe von 10 Proz. der Forderungen zur Auszahlung gebracht worden.

Gefängnis für Frau Geheimrat.

Gemeingefährlich mit hysterisch frömmelnden Einschlag.

Die Beweisaufnahme im Prozeß gegen die Frau des Geheimen Rechnungsrevisors Roether ergab, daß die Angeklagte in geradezu gemeingefährlicher Weise zahlreiche Potsdamer Geschäftsteile durch Betrugereien geschädigt hat. Frau Geheimrätin fuhr zum Beispiel eines Tages in einem großen Mercedeswagen, vollständig in schwarzem Krepp gehüllt, bei einem Potsdamer Geschäftsmann vor. Sie gab an, daß ihre Tochter vor drei Tagen bei einem Autounfall getötet worden sei. In Wirklichkeit lebte diese Tochter noch heute. Auf Grund der Trauerrolle gab der Geschäftsmann anstandslos für mehrere hundert Mark Waren auf Kredit.

Als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Bornuth, dem Geschäftsinhaber fragt, ob er denn keine weiteren Erkundigungen eingezogen hat, antwortet der Zeuge: Herr Vorsitzender, wenn eine Geheimrätin aus Potsdam kommt und noch dazu in Trauer, hat man doch keinen Argwohn. Ein anderer Geschädigter drang auf Zahlung; darauf schrieb ihn die Angeklagte einen empörenden Brief und warf ihn gewissermaßen zur Türe hinaus, als er sich erlaubte, ihr eine Rechnung zu präsentieren. Bei einem Potsdamer Baumeister mietete diese Betrügerin eine Luxuswohnung mit zwei Garagen. Sie wohnte kaum vier Wochen darin, als der Gerichtsvollzieher pfändete. Alle Sachen, die sie eingebracht hatte, waren ohne Bezahlung von einem anderen Geschäftsmann in Potsdam gekauft. Zu dramatischen Szenen kam es bei Vernehmung des Bornundes des verstorbenen Ehemannes der Angeklagten, der seit Jahren wegen Geisteskrankheit entmündigt war. Der Zeuge bekundet, daß das Eigentum der Familie Roether aus ein paar Holzstufen bestanden hätte. Geld war nicht vorhanden, dafür aber Schulden über Schulden. Die Angeklagte bemühte ihren kranken Mann als Schaustück, mit dem sie als große Dame durch die internationalen Hotels gezogen ist, um Mittel zu erregen. Jetzt springt die Angeklagte auf, wirft ihren großen Trauerstiefel nach hinten und ruft: Sie sind an allem schuld. Sie haben mich vor die Staatsanwaltschaft gebracht. Auch eine alte Kleinrentnerin hat diese Hochstaplerin um ihr erspartes Geld von 150 Mark gebracht. Der Anklagevertreter, Staatsanwaltschaftsrat

Unter dem roten Wimpel.

Alle Arbeiterkinder gehören zu den Kinderfreunden!

Wer kennt sie nicht, die Roten Falken — Arbeiterkinder in blauen Kitteln — wenn sie des Wochenlages in allen Stadtteilen Berlins zu ihren Zusammenkünften eilen oder des Sonnabends und Sonntags sich an den Berliner Bahnhöfen unter ihren roten Wimpeln treffen, um hinauszufahren und mit ihren Helfern gemeinsam die Freizeit in Licht, Luft und Sonne zu verbringen.

Die Roten Falken! Es gibt nur noch wenige, die sie nicht kennen, und trotzdem gibt es noch viele tausende Arbeiterkinder, denen von ihren Eltern noch nicht der Weg in die Falkengemeinschaften der Kinderfreunde gezeigt worden ist. Diesen Arbeitern und ihren Kindern vor allem wollen die Kinderfreunde in den nächsten Wochen sagen und zeigen, wer sie sind, was sie wollen und tun! So werden Falkengemeinschaften durch den Rundfunk zu den Arbeiterkindern sprechen, und in mehreren Veranstaltungen mit Lichtbild und Film wollen sie den noch abseits Stehenden einiges von ihrer diesjährigen Sommerreise und von vergangenen Festlagern zeigen. Bereits 8500 Arbeiterkinder führen im vergangenen Jahre in die Kinderrepubliken der Roten Falken. Über 10 000 haben sich dieses Jahr bereits gemeldet. Aus Berlin werden rund 1000 Kinder mitfahren. Die Arbeiterkinder wollen in ihren Sommerstaaten keine Ferienheime mit Lauten, sondern freie Republikaner wollen sie sein, und ihren Staat selber verwalten. Und daß sie dieses können, haben die Kinderrepubliken, die seit 1926 in jedem Sommer veranstaltet wurden, bewiesen. Sozialistischer Gemeinschaftswille erfüllt diese Staaten. In sozialer und freundschaftlicher Weise ohne Bevorzugung werden die Republikanten durchgeführt. Dieses ist mit ein wesentliches Moment, das die Wichtigkeit der Kinderfreunde-bewegung als Erziehungsorganisation in der großen sozialistischen Arbeiterbewegung beweist. Jetzt sind die Roten Falken allerorts dabei, ihre diesjährige Kinderrepublik-Expedition in der Schweiz vorzubereiten. Im planmäßiger Arbeit sind alle Falkengemeinschaften dabei. Da sind erst einmal die Zelte, die repariert und weitergeführt werden müssen. Meiderstraße, Klappische u. a. mehr wird ausgebaut und in den Gruppen gehalten. Am Haupte wird die zweckentsprechende Kleidung angefertigt. Die Landarten des Zeltlagergebiets werden gemeinsam betrachtet und über Land und Leute der Umgebung gesprochen.

Wie fleißig die Roten Falken in Berlin gearbeitet und für ihre Sache geworben haben, zeigen einige Zahlen ihres Jahresberichts. Zum Ende des Jahres 1928 kamen in Berlin in 50 Falkengemeinschaften 2700 Kinder zusammen. Zum Ende des Jahres 1929 kamen bereits 3241 Falken in 151 Gemeinschaften zusammen. Dabei ist noch zu beachten, daß im Laufe des Jahres 1929 250 Falken in die Sozialistische Arbeiterjugend übertraten, da sie bereits das Alter von

14 Jahren überschritten hatten. Das rapide Steigen der Gruppenzahl ist nicht nur ein Beweis, daß auch die Zahl der Helfer entsprechend zugenommen hat, sondern die Gruppen eine innerliche Festigung erfahren haben. So berichtet die Berliner Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: „Wir haben zurzeit 43 Rote-Falken-Gruppen mit 826 Kindern, 41 Jung-Falken-Gruppen mit 871 Kindern, 45 Reif-Falken-Gruppen mit 880 Kindern, 21 gemischte Gruppen mit 663 Kindern.“

Die stärker durchgeführte Arbeitseinteilung ermöglichte eine bessere Erziehungsarbeit.“

Auch die Kinder erkannten selbst, daß eine Trennung der Gruppen nach Altersstufen in den Falkengemeinschaften eine viel bessere Arbeit gestattet, denn erfahrungsgemäß sind die Interessen der Kinder in den einzelnen Altersstufen derart verschieden, daß man in den Gruppen, wo 6- und 14jährige sind, über einen geeigneten Hobbetrieb nicht hinauskommen kann und somit nur Betreuungsarbeit geleistet werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde will aber bedeutend mehr. Die Arbeiterkinder sollen die sozialistische Weltanschauung kindgemäß erleben.

Am liebsten lassen es die Parolen, unter denen die Zeltlager durchgeführt werden, erkennen: „Ordnung, Freundschaft, Solidarität!“ Diese drei Forderungen bilden die Grundlage der sozialistischen Kinder- und Erziehungsarbeit. In den Falkengemeinschaften gibt es keine Sonderrechte, und so erfüllen die Falken das Wort: „Einer für alle erfordere die Zeit.“ Ob Kind oder Helfer, freudig ordnet sich jeder in die Gemeinschaft ein und trägt sein Teil dazu bei, dem Willen der Gemeinschaft Geltung zu verschaffen. Jul. Diederich.

Der Bezirksverband Brandenburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veranstaltet am 21. und 22. Juni 1930 mit dem Motorabenteuerschiff „Baldur“ eine Wochenendfahrt nach Riedlich und den Höher Bergen. Die Wochenendfahrten mit dem „Baldur“ erfreuen sich großer Beliebtheit. Das Motorschiff hat Kabinen und 200 Betten an Bord, elektrisches Licht, fließendes Wasser in jeder Kabine und bietet eine preiswerte Verpflegung. Die Wochenendfahrt beginnt am Sonnabend, dem 21. Juni, 18 Uhr, ab Spandau (Charlottenbrücke), führt über den Kleinen und Großen Wannensee, an den herrlich gelegenen Seeanstalten vorbei nach Riedlich und Rämershampe. Dabst schließt der Abend mit einem gemütlichen Beisammensein und Tanz ab. Sonntag früh Weiterfahrt nach den Höher Bergen. Teilnehmerkarten à 4,25 Mark einschließlich Fahrt und Ueberrnachtung auf dem Schiff sind im Bezirksbüro Brandenburg der SPD., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu haben.

Stargardt, beantragte unter Jubilation milderer Umstände insgesamt ein Jahr vier Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt bezichtigte die Angeklagte als gemeingefährlich, als Kreditschaden für die Geschäftswelt. Die Sachverständigen bezichtigten die Angeklagte als ausgesprochene Lügnerin; sie ist hysterisch mit frömmelndem Einschlag. Aus dem Gefängnis habe sie Briefe mit frommem Inhalt geschrieben und selbst Raffiden dieser Art wurden bei ihr gefunden. Der § 31 kommt nicht in Anwendung. Diese Frau, so fuhr der Sachverständige aus, trägt ständig eine Maske vor dem Gesicht. Man kann ihr nie ins Herz sehen, auch bei dem Todesfall ihres Ehemannes hat diese Frau geschaukelert.

Die Angeklagte wurde wegen fortgesetzten Betruges im Rückfall zu insgesamt einem Jahr Gefängnis verurteilt.

600 Verbrecher in Chicago verhaftet.

Die Polizei räumt auf, aber die Führer sind entflohen.

London, 12. Juni.

Wie aus Chicago gemeldet wird, hat die Polizei in der vergangenen Nacht in der Stadt 600 Verbrecher verhaftet. Die Polizisten führten eine Liste von 41 Verbrechern mit, auf die sie auf ausdrückliche Anweisung des Polizeichefs sofort zu schicken hatten. Besondere Abteilungen von Polizeischutzhütern haben die ganze Nacht hindurch den Patrouillendienst versehen. Die Polizei hatte den ausdrücklichen Befehl, von ihren Schusswaffen Gebrauch zu machen. Unter den 600 Verbrechern befanden sich aber nicht die Führer der großen Verbrecherorganisationen, die auf rechtzeitige Warnung vor der bevorstehenden Razzia geflohen waren.

Berufung in der „Falle“-Angelegenheit.

Kapitän Zipplitt, dem in der Seemannsverhandlung in Hamburg über die Fahrt des Dampfers „Falle“ bekanntlich das Kapitänspatent aberkannt worden ist, hat gegen den Spruch Berufung beim Oberseemann eingelegt.

Funkwinkel.

In Radmittagskonzert spielt Emil Oppermann Beethovens „Pathétique“. Er stellt das Werk in erster Linie auf rhythmische Gegenätze ein, auf den Wechsel des Tempos, und hierin geht er vielleicht schon zu weit. Er verliert, dadurch die größten dramatischen Wirkungen zu erzwingen. Die Komposition scheint hier durch ein nervöses, außerordentlich reizbares Temperament gesehen. Ganz hervorragend singt die Altistin Agnes Denbach die Arie der Andromache aus Bruch's „Achilleus“. Sie besitzt einen schönen gutgebildeten Alt, der mit dramatischen Energien geladen ist. Hinzukommt die Beherrschung der Gesangstechnik. — Der Journalist Hugo Spigler spricht über die Ferienaufenthalte weniger bemittelter Großstadtkinder. Beschreibungen wechseln ab mit eingehenden Untersuchungen über die Organisationen. Spigler würdigt hier eine treue, aufopferungsvolle Arbeit, die unter allen Umständen energisch unterstützt werden muß. Seine Ausführungen atmen sozialen Geist, aber er hätte auch die erfolgreichen Bemühungen und Organisationen des Proletariats erwähnen und ferner betonen müssen, daß der Dienst am Kind keine Geste der Wohltätigkeit, sondern eine soziale Pflicht ist. — Im Zeichen von Richard Strauß steht das Abendkonzert, das das Orchester der Kunststunde in der Singatademie unter Seidler-Winifer veranstaltet. Ein gutes Konzert mit guten Leistungen. Auf das Gespräch über den proletarischen Roman wird hier noch eingegangen werden. — Leider ist in der gestrigen Kritik ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Es soll heißen: „Der Carow gelingt es, die Produktionsvorgänge anschaulich und sehr einfach zu schildern.“ F. Sch.

Endlich!

Auch Direktor Deycke vom Lübecker Krankenhaus beurlaubt.

Lübeck, 12. Juni.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist der ärztliche Direktor des Allgemeinen Krankenhauses, Professor Dr. Deycke, auf seinen Antrag hin einstweilen beurlaubt worden.

Professor Dr. Deycke richtete an den Vorsitzenden der Behörde für die Heilanstalten zur Begründung seines Urlaubsgehabes ein Schreiben, in dem es heißt: „So schmerzlich an sich der Verzicht auf mein Amt zum Wohle des Krankenhauses und der mit anvertrauten Kräfte ist, und so sehr ich überzeugt bin, daß das Unglück nicht durch Menschenschuld, sondern durch höhere Gewalt bedingt ist, bitte ich Sie, doch dieses mein Gebüh möglichst bald einem hohen Senat unterbreiten zu wollen.“

Hog Herr Dr. Deycke schwidig sein oder nicht, — angefaßt von bald vierzig Toten, die in dem ihm anvertrauten Krankenhaus starben, sollte er sich eines etwas weniger überheblichen Tones befleißigen.

Mehr Tempo beim Wohnungsamt!

Das lange Leerstehen unbewohnter Wohnungen ruft heute, in der Zeit größter Wohnungsnot, naturgemäß unter den vielen Wohnungsluchenden größte Erbitterung hervor. Auch jetzt kommt uns wieder ein Fall zu Ohren, daß eine Wohnung, die von der Inhaberin infolge Bezuges einer Neubauwohnung dem Wohnungsamt bereits Mitte März zur Verfügung gestellt wurde, heute noch leer steht! Den ungezählten Reklamenten wird jedesmal erklärt, die Wohnung sei „noch nicht frei“. In Wirklichkeit verhält sich der Fall so, daß die Wohnung durch das Wohnungsamt einem Schwertriebsbeschädigten zugewiesen wurde, der sich aber immer noch mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge wegen eines höheren Mietzuschusses herumschlägt und aus diesem Grunde die Wohnung noch nicht bezogen hat. Die Frau, welche die Wohnung ohne jedes Entgelt dem Wohnungsamt überließ, hat außerdem auch noch finanziellen Schaden, da sie jetzt das Vergnügen hat, für beide Wohnungen Miete zu bezahlen! Wenn der Mann also bei der Fürsorge den geforderten Mietzuschuß nicht durchsieht und die Wohnung nicht bezieht, dann gerät der Fall vielleicht ganz und gar in Vergessenheit und es ist wieder eine Wohngelegenheit mehr für die Legion der Wohnungsluchenden in Verlust geraten. Solcher Fälle gibt es eine ganze Reihe und es wäre im Interesse der Allgemeinheit sehr zu wünschen, daß die verantwortlichen Stellen ihre Tätigkeit weniger bürokratisch und mehr menschlich-lebendig ausüben!

Lene, Lotte, Liese.

Man kann gar nicht anders sagen: die drei Geschwister Rose, die jetzt in dem nach ihrem tüchtigen Vater benannten Rose-Theater ebenso tüchtig, klug und wie der Augenschein lehrt, erfolgreich agieren, bieten jedem etwas. Wer den geschlossenen Raum liebt, der sieht sich „Arm wie eine Kirchenmaus“ an. Wer aber in diesen heißen Tagen den Abend draußen verbringen will, der hat Gelegenheit, im Sommertheater der Rose's sich ein anderes Stück anzusehen. Man hat sich die Volksoperette von Jean und Robert Gilbert „Lene, Lotte, Liese“ herorgeholt und singt, tanzt, spielt und musiziert sie nun im Freilufttheater, das aber gegen jeden Unwetterüberfall weitgehend geschützt ist. Wenn

Blondes Haar:
PIXAVON
als Shampoo, Beutel 30 St.

man die bei all diesen sogenannten Volksstücken unvermeidlichen Sentimentalitäten abgibt, so bleibt doch immerhin ein sehr hübsches, erfreuliches und im besten Sinn volkstümliches Operettchen. Die drei Berliner Madals Lene, Biele und Lotte werden von Erna Kerstens, Boni Harmoni und Dolln Ditters gegeben, ein gefanglich und darstellerisch durchaus erfreuliches Trio. Betreut und behütet werden die drei von Mutter Josefine Franke, Hüde Häfer verkörpert sie sehr resolut und drahtlich, eine jener vielen Berliner Mütter und Hausfrauen, die wir alle kennen und trotz unermüdlichem Mundwerk doch gerne haben. Der große Vadderfolg des Abends war Paul Kantisch, der, frei von Hebertreibern, in dem Vater Paul Franke seine auch im Dialekt echte uralte typische Berliner Typen hinstellte. Es lohnt sich, diesen Franke zu sehen. Hans Krole endlich sich seinem Chauffeur Gebauer die lebens-echten Züge des modernen Berliners: selbstbewußt, kühl, von guten Manieren, aber wenn's drauf ankommt, von toller Schnauze, und dabei durchaus eifersüchtig, eine prächtige und sehr überzeugende Leistung. Kapellmeister Max Schmidt gebührt für umsichtige musikalische Leitung besonderes Lob. Die von Bruno Arno einstudierten Tänze, darunter der noch immer hübsche „Ich tanze so gern den Tango“ wurden lebhaft applaudiert. Das Zusammen- spiel war wieder, wie bei den Reises immer, musterhaft und vor- bildlich. Sein Star spielt die anderen an die Wand, jeder fügt sich willig dem Ganzen ein. Ein sehr hübsches Varieteprogramm geht am Nachmittag der Operette voraus. Bemerkenswert ist der vorzügliche Rodellieur Terra und Franz Herms als manch- mal sogar etwas philosophischer August. Mit Geschick macht Ernst Walter die Conference.

Zeppelin kommt nach Berlin. Ankunft am Sonntag, dem 22. Juni.

Nach den jetzt vorliegenden Dispositionen wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Samstag, dem 21. Juni, von Friedrichshafen über München und Hamburg nach Berlin kommen. Die Ankunft im Luftschiffhafen Staaken wird am Sonntag, dem 22. Juni, voraussichtlich in den Nachmittagsstunden, erfolgen. „Graf Zeppelin“ bleibt in der Nacht von Sonntag zu Montag — durch Scheinwerfer angeleuchtet — am Ankerort. Am Montag, dem 23. Juni, wird in den frühen Morgenstunden der Start zu einer zwei- bis dreistündigen Rundfahrt über Berlin erfolgen. Das Luftschiff wird dann wieder am Ankerort festgemacht und startet in den Nachmittagsstunden zum zweiten Rundflug. Am Dienstag vormittag erfolgt der Start zur Schleifen- und Pommern- fahrt. In den späten Nachmittagsstunden kehrt das Luftschiff zurück. Nach einer Zwischenlandung, in der Vorbereitungen für die Rückkehr getroffen werden, tritt das Luftschiff die Rückfahrt nach Friedrichshafen an.

Verheerender Orkan über Lissabon.

Ein Orkan, wie er selten hier erlebt wurde, ging in der vergangenen Nacht über Lissabon und die nähere Umgebung nieder. In wenigen Minuten glühten die Straßen reichenden Flüssen. Das Wasser drang in die unteren Stockwerke der Häuser und auch in verschiedene Säle des Innen- und des Handels- ministeriums sowie des Ministeriums für öffentliche Arbeiten ein. Der Blitz schlug in das Gebäude des Außenministeriums und verletzten zwei Funktionäre schwer. Drei Frauen und ein Kind, die in der Straße von Billa Flor beteten, wurden vom Blitz erschlagen. Die Radiostation Bizen wurde schwer beschädigt. Die Kirche von Setubal ist durch Feuer völlig zerstört worden. In der Umgebung der Hauptstadt wurden die Orkanstöße zum großen Teil vernichtet.

Der Anhalter Bahnhof jubiliert.

Berlins Tor zum Süden ward 50 Jahre alt.

Ein besonderer Geburtstag wird in Berlin in diesen Tagen gefeiert: der Anhalter Bahnhof, Einfall- und Ausfall- tor Berlins nach dem südlichen Deutschland, wird 50 Jahre alt.

Der Anhalter Bahnhof wurde in den Jahren von 1872 bis 1880 als Ersatz des alten Anhalter Bahnhofs und des Dresdner Bahnhofs von der „Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft“ erbaut, die beide jenseits des Landwehrkanals etwa an der Stelle des heutigen Anhalter Güterbahnhofs lagen. Beim Bau des nunmehr fünfzigjährigen Bahnhofs waren erhebliche technische Schwierigkeiten zu überwinden: Der Unterbau mußte 4,5 Meter über das Strahmiveau erhöht, stark befahrene Verkehrs- straßen, die Poststraße und das Tempelhofer Ufer, in der ganzen Breite der Anlage mittels Überführungen getrennt und der Landwehrkanal überschritten werden. Der Güterbahnhof war neu zu bauen, alle Einrichtungen sollten erweitert und verbessert werden, um einen künftigen Verkehrszuwachs bewältigen zu können. Die Umgestaltungsarbeiten, die ohne Störung des Betriebes durch- geführt werden mußten, wurden im Jahre 1872 in Angriff genommen. Am 15. Juni 1880 konnte das Empfangsgebäude des neuen Personenbahnhofes am Anhaltischen Platz dem Publikum seine Pforten öffnen.

Für die architektonische Form des Baues schuf Schwegler die Entwürfe. Hervorragenden Anteil am Gelingen des Werkes hatte auch Ingenieur Heinrich Seidel, der durch seine liebevolle Schlichtung Kleinbürgerlicher Idelle bekannte Verfasser von „Lebercht Hühnchen“. Die Halle des Bahnhofs ist 170 Meter lang und hat eine Breite von 60 Metern. Damit steht der Anhalter Bahnhof heute noch an der Spitze der Berliner Bahnhöfe. In Deutschland haben nur der 1884 erbaute Hauptbahnhof in Köln (65 Meter) und der 1906 vollendete Hauptbahnhof Hamburg (72 Meter) größere Weiten einzelner Hallen. 34,25 Meter hoch liegt der Dachstuhl über den acht Gleisen der Halle. Das Empfangsgebäude schließt als Kopfbau den nördlichen Hallengiebel ab. Der in schlichten, schmucklosen Formen gehaltene Ziegelrohbau steht als künstlerische Leistung weit über den meisten Repräsentationsbauten der Zeit um 1880, die durch sinnloses Zierdekor und mißglückte Nachahmung altertümlicher Stile auch die Bauten der Technik zu entstellen liebte.

Der vom Anhalter Bahnhof ausgehende Verkehr hat sich schnell entwickelt. Zu der 1840 eröffneten Stammstrecke nach Köthen- Dessau kamen 1847 die Linie Jüterbog-Röderau, 1857 bis 1859 die Strecken Wittenberg-Bitterfeld-Halle und Dessau-Bitterfeld-Leipzig hinzu. Vom Oktober 1882 ab fuhren auch die Züge nach Dresden vom Anhalter Bahnhof ab, die bis dahin noch dem Dresdner Bahnhof vor dem Landwehrkanal zur Endstation hatten. Auch der Vorortverkehr nach Pichler- feld und Jossen, der jetzt seine Basis am Potsdamer Bahnhof hat, ging ursprünglich vom Anhalter Bahnhof aus. 1896 ließen auf dem Anhalter Bahnhof 24 Schnellzüge, 27 Personenzüge und 85 Vorort- züge ein und aus. Heute sind es rund 120 Fernzüge, davon allein 72 Eil- und Schnellzüge. Im Sommer 1920 wurden auf dem Anhalter Bahnhof, Berlins „Tor zum Süden“, täglich 14.000 aufkom-

meinde und abfahrende Reisende gezählt. Nur vom Stettiner Bahnhof wurde dieser Verkehr mit 16.000 Reisenden täglich über- troffen.

Ohne Zweifel ist der Anhalter Bahnhof ein Stück Berliner Geschichte, dessen sich die deutsche Hauptstadt rühmen darf. Daneben aber liegt mit langem die Erwägung nahe, ob nicht durch Schaffung eines großen Berliner Zentralbahnhofs ein Teil der zahlreichen Sonderbahnhöfe beseitigt und so eine Kon- zentration des Berliner Fernverkehrs erzielt werden kann.

Wochenendzüge an die Ostsee.

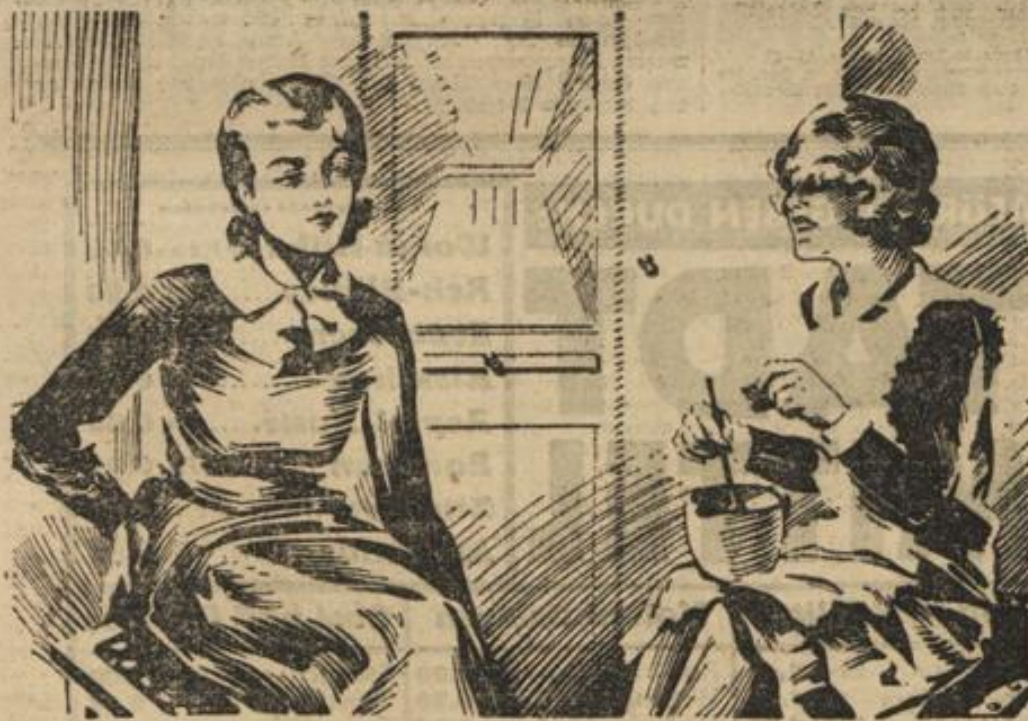
33 1/3 Proz. Fahrpreisermäßigung. — Ab 14. Juni.

Vom 14. Juni bis 7. September läßt die Reichsbahn- direktion Berlin wieder die billigen Wochenendzüge nach der Ost- see verkehren, die sich als „Strahlitzzüge“ bei den Berlinern großer Beliebtheit erfreuen. Vorgelesen sind ein Eilzugpaar nach Jinnowitz mit Hin- und Rückfahrt am Sonntag und ein beschleunigtes Personenzugpaar nach Heringsdorf mit Hin- und Rückfahrt am Sonntag. Der Eil- zug fährt ab Berlin (Stettiner Bahnhof), Sonnabends 15.5, an Swinemünde-Bad 18.24, an Jinnowitz 19.41; die Rückfahrt erfolgt Sonntags ab Jinnowitz 20.08, ab Swinemünde-Bad 21.20, an Ber- lin 0.45. In beiden Richtungen hält der Zug in allen Bädern zwischen Swinemünde und Jinnowitz.

Der Personenzug fährt Sonntags ab Stettiner Bahnhof 6.45 und trifft in Swinemünde-Bad um 10.13, in Ahlbeck um 10.22 und in Heringsdorf um 10.27 ein; die Rückfahrt erfolgt ab He- ringsdorf 20.07, ab Ahlbeck 20.12, ab Swinemünde-Bad 20.21, an Berlin (Stettiner Bahnhof) 0.13. In Heringsdorf hat der Zug An- schluß nach und von Jinnowitz bzw. den dazwischenliegenden Bädern.

Zu beiden Zügen werden Hin- und Rückfahrkarten 2. und 3. Klasse mit 33 1/3 Prozent Fahrpreisermäßigung ausgegeben. Die Fahrpreise betragen: Nach Swinemünde für den Eilzug 21.20 Mark (2. Kl.), 13 Mark (3. Kl.), für den Personenzug 15.20 bzw. 10 Mark. Nach Ahlbeck für den Eilzug 21.60 und 13.40 Mark, für den Personenzug 15.60 bzw. 10.40 Mark. Nach Herings- dorf für den Eilzug 21.80 und 13.40 Mark, für den Personenzug 15.80 bzw. 10.40 Mark. Auch nach den übrigen Uferom-Bädern Bansin, Uckeritz, Köpfnsee, Koserow, Zempin und Jinnowitz liegen gleichfalls ermäßigte Fahrkarten zu entsprechenden Preisen auf.

700 Millionen Liter Wasser an einem Tag. Die große Hitze brachte am Mittwoch, dem 11. Juni, einen Wasserverbrauch von 700.000 Kubikmeter. Da ein Kubikmeter Wasser 1000 Liter enthält, so hat Berlin an einem einzigen Tage 700 Mil- lionen Liter Wasser verbraucht. Am heißesten Tage des ver- gangenen Jahres im Monat Juli wurden rund 807.000 Kubikmeter Wasser verbraucht.



„Ich bin mit Soße nie mehr in Verlegenheit“

„Ob ich Fleischgerichte machen will, die wenig oder gar keine Soße geben (Leber, Schnitzel, Beefsteak, Kalbskopf, Bratwurst usw.), ob ich überhaupt kein Fleisch servieren will, immer habe ich genug Bratensoße. Ein einziger Würfel Knorr-Braten-

soße, ohne Zutaten nur zer- rühren und in kaltem Wasser aufkochen, gibt in wenigen Minuten so viel Soße wie 2 Pfd. Braten. — Und — diese Tunke kann mir nie misslingen — ich habe sie immer zur Hand und sie schmeckt vorzüglich.“

Ein Würfel = 1/4 Liter = 15 Pf. Versuchen Sie

Knorr-Makkaroni dazu!

Knorr

Bratensoße



Kleidung für die Reise

- Lodenanzüge mit Breeches oder langer Hose 60.— 45.— 30.—
- Sportanzüge mit Knickerbocker od. Breeches u. langer Hose 75.— 60.— 48.—
- Sakkoanzüge farbig oder blau 85.— 65.— 45.—
- Trenchcoats 36.— 24.— 16.—
- Gabardinemäntel reine Wolle 95.— 85.— 69.—
- Windjacken für Damen und Herren 18.— 13.50 7.10
- Breeches 4⁵⁰ Knickerbocker 7⁵⁰ Wanderhosen ^{limit} _{leder} 10⁵⁰

Badeartikel — Bademäntel

Für heiße Tage! Leichte Sommer-Kleidung
in allen Größen vorrätig

BAER SOHN A.-G.

Chausseestraße 29-30, Untergrund: Stettiner Bahnhof



L. Juergens
Alexanderplatz
Neue Königstr.

Freie Schwimmer Charlottenburg 04 E.V.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, den Mit- gliedern u. Freunden unseres Vereins von dem plötz- lichen Ableben infolge Unfalls unserer Sportgenossen

Georg Neidat
Hertha Neidat
geb. Dahms

Kenntnis zu geben. Wer ihre Arbeit für den Verein und für die Arbeitersportbewegung kannte, weiß was wir verloren haben. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten!

Der Vorstand.

Beeidigung: Sonnabend, 11 Uhr, auf dem Ge- meindefriedhof Spandau, Falkenhagener Chaus- see

Am Dienstag, dem 10. Juni, morgens 3 Uhr verschied (alt) nach schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser guter Vater, Schwager- und Großvater, Bruder und Onkel, der Herr

Friedrich MÖB

im Alter von 70 Jahren.

In tiefem Schmerz

Witwe Marie MÖB geb. Wolf
nebst Angehörigen.

Stuttg. den 12. Juni 1920.

Bergstr. 111.

Die Einäscherung findet am Sonn- abend, dem 14. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baum- hofenweg, Rethelstraße statt.

Am 11. Juni verstarb nach langem, schwerem Leiden unter trübsamer Anwesenheit und guter Pflege, der Ehemann

Franz Treder

im 61. Lebensjahr.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Kollegen der Zeitungs- setzerei „Vorwärts“

Die Einäscherung findet am Sonn- abend, dem 14. Juni, nachmittags 3 Uhr (15 Uhr), im Krematorium Gethsemani, statt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin

Todesanzeige

Dem Mitglieberei zur Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder

Max Holzendorff
wohnhaft Reußstr. 11, im Alter von 27 Jahren, verstorben ist.

Beeidigung findet Sonnabend, den 14. Juni, 2 Uhr, auf dem Krematorium Gethsemani, im Alter von 27 Jahren, statt. Bitte um Teilnahme erbeten!
Die Ortsverwaltung

Nach langem, schwerem Kranken- lager verstarb am 10. Juni meine Frau und liebe Mutter

Maria Holweg

geb. Adler

In Namen der Hinterbliebenen

Ferdinand Holweg
und Tochter.

Die Einäscherung findet am Sonn- abend, dem 14. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gethse- mani, statt.

Nur 3 Prozent Preissenkung!

Von den Metallarbeitern bezahlt. — Eisenpreise müssen noch herunter!

Die Eisenindustrie hat die Senkung der Eisenpreise bekanntgegeben. In den Verkaufsverträgen der Rohstahlgemeinschaft gelten ab 1. Juni folgende Preisabschläge: für Formeisen um 4 auf 134 Mark, für Stabeisen um 4 auf 137 Mark, für Grobbleche um 4 auf 153 Mark, für Mittelbleche um 5 auf 160 Mark, für Unioberbleche um 4 auf 142 Mark, für Bandbleche um 4 auf 160 bzw. auf 159 und 155 Mark, für Walzdraht um 5 auf 167 Mark und für Grundblechen um 4 auf 138 Mark. Für die Frachtbasse Neunkirchen, also für den süddeutschen Markt, gelten die gleichen Abschläge; die bisherige Preisdifferenz bleibt erhalten. Von Feinblechverband und vom Röhrenverband werden in den letzten Tagen entsprechende Beschlüsse erwartet.

Im Durchschnitt betragen die hier vorgenommenen Preisabschläge knapp 3 Proz. der im Mai gültigen Eisenpreise. Mit diesen Abschlüssen glaubt die Eisenindustrie ihren Verpflichtungen bei der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches genügt zu haben. Herr Stegerwald wird nachzuprüfen haben, ob diese Preissenkung den Voraussetzungen, unter denen die Verbindlichkeitsklärung erfolgte, genügt.

Unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturpolitik, der allein dem Reichsarbeitsminister noch einigermaßen einen Grund für seine Entscheidung hätte geben können, ist die Eisenpreissenkung vollständig unzulänglich. Die Eisenindustrie hat im Jahre 1928, während die Konjunktur schon Zeichen des Rückganges aufwies, grundlos zweimal noch die Eisenpreise erhöht.

Nicht einmal diese Preiserhöhungen von 1928 werden durch die jetzige Preissenkung voll ausgeglichen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die amerikanische Eisenindustrie zu einem viel früheren Zeitpunkt ihre Preise nicht um 3, sondern um 10 bis 13 Proz. ermäßigt hat, und zwar mit der ausdrücklichen Erwägung, daß man nur durch eine starke Preissenkung die Konjunktur beleben könne. Die deutsche Eisenindustrie hat sich nichts Dergleichen überlegt. Es ist ihr in vollem Umfang gelungen, mit Hilfe des Reichsarbeitsministers aus einer agitatorischen Geste größten materiellen Profit zu ziehen; sie hätte nämlich auch ohne Senkung der Löhne die Preise herabsetzen und höchstwahrscheinlich in sehr viel stärkerem Ausmaße, als es jetzt geschehen ist.

Für die verarbeitende Industrie wird diese Senkung der Eisenpreise noch nicht entere eine Selbstkostenverbesserung um 1 Proz. bringen. Die Eisenindustrie wäre auch in der Lage gewesen, besonders nach den unerhörten Rationalisierungserfolgen der letzten Jahre, die den Lohnanteil immer stärker herabdrückten, eine erheblich größere Preissenkung durchzuführen. Die Defen-

sivität und das Reichswirtschaftsministerium können und dürfen sich mit der gegenwärtigen Preisermäßigung nicht zufriedengeben und müssen eine weitere Herabsetzung erzwingen.

Für den Monat Mai ist in der Roheisenerzeugung Deutschlands eine arbeitstägliche Produktion von nur 27 731 Tonnen gemeldet worden. Das ist die niedrigste Durchschnittsproduktion seit vier Jahren, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die Rohstahl- und Walzwerkserzeugung im Monat Mai einen fast Jahren nicht gekannten Rekordtiefstand aufweisen wird. In einer solchen Lage verstehen sich starke Eisenpreiserhöhungen von selbst. Es ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, daß der Reichsarbeitsminister mit seinem Schiedspruch, da er eine der Marktlage entsprechende Preissenkung verhinderte, die Konjunktur nicht gefördert, sondern zurückgeworfen hat. Die Opfer, die den Metallarbeitern im Nordwest zugemutet worden sind, sind vollständig umsonst gebracht.

Die dilettantische und konjunkturschädliche Aktion des Reichsarbeitsministers kann noch weitere Gefahren im Gefolge haben. Die jetzige Eisenpreiserhöhung gilt für ganz Deutschland, also auch für Mittel- und Ostdeutschland und nicht nur für das Produktionsgebiet Nordwest. Es ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß auch außerhalb der Ruhr jetzt die Forderung nach Lohnsenkungen erhoben wird. Von der im Ruhrgebiet distanzierten Lohnsenkung profitiert auch eine Anzahl weiterverarbeitender Betriebe in Nordwest. Die übrige verarbeitende Industrie in Deutschland wird sich, da ihr nur die Preissenkung zugute kommt, benachteiligt fühlen. Hier drohen neue Lohndruckgefahren. Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland wird in scharfer Hochachstellung stehen müssen. Der aus betrieblichen Gründen natürliche Widerstand der Metallarbeiter beim Abbau der individuellen Akkordlöhne erhält aber, solange die Eisenpreise in nicht viel stärkerem Maße abgebaut werden, allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung. Er muß ein stark wirksames Druckmittel werden, um eine stärkere Eisenpreissenkung zu erzwingen. Nur auf diesem Wege kann auch den Gefahren begegnet werden, die sich aus der Verbreiterung des Lohndrucks für die Senkung der inländischen Kaufkraft ergeben.

Herr Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, kann noch ein weiteres Verdienst für sich buchen. Die englische Eisenindustrie hat schon erklärt, daß auch in England die Löhne abgebaut werden sollen, da sich die internationale Eisenkonkurrenz durch die in Deutschland hergestellte Verbindung zwischen Löhnen und Preisen verschärfen müsse. Der christliche Reichsarbeitsminister scheint also auch den Anstoß zu einer internationalen Schädigung der Arbeiterschaft gegeben zu haben, ohne der deutschen Volkswirtschaft zunächst einen Nutzen zu bringen.

schon in der fortschreitenden Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit findet. Mit anderen Worten,

ein Indexlohnsystem würde die Arbeiter um die Früchte des technischen Fortschritts bringen.

Daß die Unternehmer heute dem Indexlohn sympathisch gegenüberstehen, kann man begreifen. Wenn man aber bei besserer Konjunktur wieder vor einer Welle von Preissteigerungen stehen würde, dann würden die Sympathien der Unternehmer für den Indexlohn erloschen sein. Die Betroffenen wären dann die Arbeiter: sie haben in den Indexlohn eingewilligt, als er für sie ein Opfer bedeutete, aber in dem Augenblick, in dem er sich für sie günstig auswirken würde, müßten bei kurzfristigen Indexlohnverträgen die Lohnerbhöhungen wieder erkaufte werden. Würde aber, um diese Gefahr zu vermeiden, ein Indexlohnvertrag für lange Zeit abgeschlossen, dann bindet er den Arbeitern die Hände und hindert sie, die Reallohne entsprechend der steigenden Arbeitsleistung zu erhöhen.

Aus allen diesen Gründen muß ein starres Indexlohnsystem entschieden abgelehnt werden.

Freilich muß beachtet werden, daß zwischen dem Preisniveau und den Löhnen Zusammenhänge bestehen, die weder von den Unternehmern noch von den Gewerkschaften vernachlässigt werden dürfen. Der Kampf um den Lohn ist eben letzten Endes ein Kampf um den Reallohn, und die Höhe des Reallohnes läßt sich nur vom allgemeinen Preisniveau ableiten. Deshalb werden Zeiten steigender Preise immer einen Anreiz für die Gewerkschaften schaffen, Lohnerbhöhungen durchzuführen; in Zeiten sinkender Preise die in der Regel Krisenzeiten sind, werden die Gewerkschaften ihr Hauptaugenmerk auf die Erhaltung der Reallohne richten. Um solche ganz allgemeinen Zusammenhänge allein können sich heute die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern drehen, sicher aber nicht um die Wiedereinführung des Indexlohnsystems oder gar eines Gleitlohnsystems nach Deynhäuser-Ruster. Lohnbindungen dieser Art werden die Gewerkschaften entschieden und mit vollem Recht ablehnen.

Neues zur Wirtschaftslage.

Der Güterverkehr steigt weiter. — Rekordtiefstand der Eisen- erzeugung. — Maschinenindustrie noch keine Besserung.

Nach den letzten Veröffentlichungen der Reichsbahn hat die von uns in der vorigen Woche schon festgestellte steigende Tendenz des Güterverkehrs angehalten. In der Woche vom 31. Mai hat sich die arbeitstägliche Wagensstellung weiter von 138 400 auf 144 200 Wagen erhöht. In der gleichen Zeit des Vorjahres ist die Wagensstellung der Reichsbahn stabil geblieben. Für eine Besserung der Konjunktur braucht das noch kein Beweis zu sein. Immerhin muß die Entwicklung des Güterverkehrs der Reichsbahn, der ein guter Gradmesser der Wirtschaftsentwicklung ist, weiter beobachtet werden.

Im Monat Mai hat die deutsche Roheisenerzeugung einen Rekordtiefstand erreicht. Gegenüber April ist die arbeitstägliche Erzeugung von 30 064 auf 27 731 Tonnen weiter gesunken. Im Mai vorigen Jahres wurden nach 37 129 Tonnen erzeugt, so daß ein Rückgang um mehr als 25 Proz. vorliegt.

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten meldet, daß der Monat Mai gegenüber dem schlechten April noch keine nennenswerte Besserung im Eingang von Inlands- und Auslandsaufträgen gebracht habe. An der tatsächlich geleisteten Arbeiterstundenzahl bemessen, betrug der Beschäftigungsgrad rund 60 Proz. Verschlechterungen werden vom Werkzeugmaschinenbau, aus der Strömungsmaschinenindustrie, im Kraftmaschinenbau (Ausnahme Dieselmotoren), beim Ventilatorenbau und bei Papierverarbeitungsanlagen gemeldet. Leichte Besserungen liegen in der Fördermittelindustrie, im Waggonbau und bei Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinen vor. Das größte Hemmnis für eine Besserung der Wirtschaftslage sei das zu hohe Niveau der industriellen Selbstkosten.

Das Institut für Konjunkturforschung schätzt für die ersten vier Monate 1930, daß der deutsche Einzelhandelsumsatz im Vergleich zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres um 170 bis 200 Millionen zurückgegangen sei, was auf die konjunkturelle Verminderung des Arbeitseinkommens der Massen zurückgeführt wird. Sehr bemerkenswert ist die Feststellung, daß selbst in Warenhäusern und Konsumvereinen der bisher steigende Umsatz an Lebensmitteln sich seit Anfang 1930 eher verringert als vermehrt hat. Die Umlaufmengen seien — infolge der Preissenkung — weniger stark zurückgegangen.

BMW. halbiert die Dividende.

Der Aufsichtsrat der Bayerischen Motorenwerke H. G. München, schlägt der Generalversammlung eine Dividende von nur 7 gegen 14 Proz. im Vorjahre zur Verteilung auf das 16-Millionen-Kapital vor. Die Abschreibungen werden von 1,85 auf 2,30 Millionen erhöht; als Reingewinn werden nur 1,32 gegen 2,80 Millionen im Vorjahre ausgewiesen. Da der Umsatz von 27 auf 35 Millionen Mark gestiegen ist, dürfte die Dividendenverfügung kaum in geringeren Gewinnen ihren Grund haben. Aus laufenden Einnahmen scheinen große Beträge für die Produktion des neuen Kleinautos verwendet worden zu sein. Im übrigen dürfte immerhin die Kürzung der Reichssubventionen im vorigen Jahr das Flugmotorengeschäft etwas beeinträchtigt haben. Der Geschäftsbericht liegt noch nicht vor.

Die Kriegsschadensschuldbefreiungen sollen nach einem Schreiben des Reichsfinanzministers an die Arbeitsgemeinschaft der Liquidations- und Gewollgeschädigten bei der Aufhebung der Kapitalertragsteuer ebenso behandelt werden wie die festverzinslichen Papiere, so daß auch bei den Schuldbefreiungen der Abzug der Kapitalertragsteuer fortfallen würde.

Getreidehandelsgesellschaft soll vorläufig keinen Roggen exportieren. Der Reichsernährungsminister hat eine neue Maßnahme zur Stützung der Roggenpreise verordnet. Aus den Roggenfruchtbeständen der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft dürfen vorläufig keine Exporte mehr vorgenommen werden. Die Exporte werden auf die freihändig angekauften Roggenmengen beschränkt. Die Maßnahme bedeutet neue Zinsverluste bei den großen Beständen von magaziniertem Roggen, die noch vorhanden sind.

Regelung im deutsch-englischen Koksport. Die britischen und die deutschen Koksaustrahlgewerkschaften haben einen Vertrag geschlossen, nach dem beide Teile ihren Exportüberschuß nach Schweden, Dänemark und andere Staaten gemeinsam verkaufen werden. Der Zweck des Vertrages soll die Verhinderung des Spekulationsgeschäftes und die Regulierung der Exportpreise sein. Auf England werden 53 Prozent des Exportes, auf Deutschland 47 Prozent fallen.

Die Frage der gleitenden Löhne.

Die Arbeiterschaft muß und wird sie ablehnen, und zwar in jeder Form.

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Unternehmer haben vielfach die Vorstellung gemacht, als sei Verhandlungsgegenstand die Wiederbelebung der Indexlöhne, die in der Inflation eine große Rolle gespielt haben. Es erscheint darum eine Untersuchung geboten, ob sich die Einführung irgendeines Gleitlohnsystems vom Standpunkt der Arbeiterschaft empfiehlt.

Geschichtlich bedeutungsvoll wurden bisher zwei Gleitlohnsysteme. Nach dem einen wird der Lohn automatisch im Verhältnis zu den Preisen jener Ware verändert, die von den betreffenden Arbeitern hergestellt wird, nach dem andern werden die Löhne periodisch den Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus — in der Regel gemessen an einem Lebenshaltungsindex — angepaßt.

Das „Deynhäuser System“.

Das erste Gleitlohnsystem erscheint uns mit dem Deynhäuser Schiedspruch gerichtet. Dieser Schiedspruch stellt einen Versuch dar, an jenes alte Gleitlohnsystem wieder anzuknüpfen und wird mit Recht von den Gewerkschaften scharf abgelehnt. Gegen dieses System sprechen folgende Gründe:

Erstens bringt es den Arbeitslohn in Abhängigkeit von einem Faktor, der für die Lebenshaltung der Arbeiter meist gar keine Bedeutung besitzt. Eine Senkung der Eisenpreise verbilligt die Lebenshaltung der Eisenarbeiter direkt um keinen Pfennig und selbst, wenn sie sich in den Preisen der übrigen Waren auswirkt, verspüren die Eisenarbeiter sie nur sehr wenig. Die Lohnsenkung, die ihnen jetzt aufgezwungen werden soll, ist also eine absolute Senkung des Reallohnes.

Zweitens ist der Anteil des Lohnes an den Gesehungs-kosten in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr verschieden hoch. Dementsprechend ist auch die volkswirtschaftliche Auswirkung einer Verkoppelung von Löhnen und Preisen wie beim Deynhäuser Schiedspruch sehr verschieden. Nehmen wir für die Eisenindustrie einen Lohnanteil von 20 Proz. an, dann würde sich eine 10 prozentige Lohnsenkung nur in einer 2 prozentigen Preissenkung auswirken. Einer für alle betroffenen Arbeiter aufs schwerste fühlbaren Verschlechterung der Lebenshaltung würde eine gesamtwirtschaftlich kaum fühlbare Senkung eines Einzelpreises gegenüberstehen.

Das eigentliche System des Indexlohns.

Reizvoller als das „Deynhäuser Lohnsystem“ ist auf den ersten Blick das eigentliche Indexlohnsystem. Man könnte es sich praktisch so vorstellen, daß in den Tarifverträgen nicht feste Lohnsätze vereinbart werden, sondern Lohnsätze, die sich in demselben oder einem ähnlichen Verhältnis verändern, in dem sich der Lebenshaltungsindex verändert. Dieses System erscheint auf den ersten Blick bestechend, weil es den Lohn von den Schwankungen des Preisniveaus unabhängig zu machen und die Stabilität des Reallohns zu verbürgen scheint. Es muß auch ohne weiteres zugegeben werden, daß in Zeiten heftiger Schwankungen des Geldwerts, wie wir sie in der Inflation erlebt haben, ein solches Lohnsystem unentbehrlich ist. Anders aber ist das Indexlohnsystem unter normalen Wirt-

schafts- und Währungsverhältnissen zu beurteilen. Hier wären seine Nachteile stärker als seine Vorteile. Das schwerste Bedenken richtet sich gegen die

ungenügende Objektivität des Lebenshaltungsindex.

nach dem sich die Löhne richten sollen. Die Arbeiterschaft hat schon einmal jahrelang gegen die Methoden der Berechnung des Lebenshaltungsindex gekämpft. Der Kampf hatte den Erfolg, daß nach der Aenderung der Berechnungsgrundlagen im Jahre 1925 der Index mit einem Schläge um 10 Punkte hinaufsprang! Seitdem ist es um den Index verhältnismäßig stiller geworden, weil die ganze Frage heute keine so unmittelbare Bedeutung mehr besitzt wie in den der Inflation nach nahen Jahren.

Der Index leidet noch immer daran, daß seiner Berechnung eine Lebenshaltung zugrundegelegt, die erheblich unter der durchschnittlichen Lebenshaltung des vollbeschäftigten Arbeiters liegt. Die Preisgestaltung der Waren, die für die Lebenshaltung der Arbeiter entscheidend sind, wird viel zu wenig berücksichtigt. Der Lebenshaltungsindex ist von 152,6 im Dezember 1929 auf 146,7 im Mai 1930 gesunken. Aber nach der Verteuerung der Verkehrsmittel, der Gas- und Stromtarife, des Tabaks und des Bieres gibt diese „Senkung“ wirkliche Rätsel auf.

Der Indexlohn ist ungerecht und unpraktisch.

Der Einwand ist denkbar, daß man die Berechnungsgrundlagen des Lebenshaltungsindex noch weiter verbessern und den Kampf um die Verbesserung der Berechnungsgrundlagen wieder aufnehmen könnte. Aber selbst, wenn es wirklich gegen den Widerstand der bürgerlichen Interessentengruppen gelänge, eine wesentliche Verbesserung durchzuführen, so wären damit die Bedenken gegen die Ertätigung dieses Maßstabes nicht ausgeräumt. Es ist gar kein Lebenshaltungsindex möglich, der für alle Orte und Einkommensschichten gültig ist. Hier spielen — bei großen Entfernungen — die Verkehrstarife eine sehr große, dort u. U. gar keine Rolle im Arbeiterhaushalt. Bei niedrigen Einkommen sind andere Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände usw. ausschlaggebend als bei höherem Einkommen. Und schließlich wechselt die Bedeutung bestimmter Waren im Laufe der Zeit. Kunstfedernstrümpfe waren noch vor einigen Jahren ein Luxusgegenstand. Heute sind sie Massengebrauchsgüter. Wo ist der Index, der solchen Veränderungen und Unterschieden gerecht werden könnte?

Gegen ein Indexlohnsystem sprechen aber auch noch andere Bedenken. Für den gewerblichen Betrieb hat der Indexlohn die Folge, daß er die Kalkulationsgrundlagen dauernd verschleiert. Er ist vom Standpunkt der Betriebswirtschaft kein stabilisierendes, sondern ein Störungselement.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt endlich aus muß eine Stabilisierung des Reallohns, die mit dem Indexlohn verbunden wäre, abgelehnt werden. In Krisenzeiten wie den heutigen müssen sich die Gewerkschaften unter Umständen mit einer Erhaltung der Reallohne begnügen. Unter normalen Wirtschaftsverhältnissen aber ist ihr Bestreben auf eine ständige Erhöhung der Reallohne gerichtet, die ihre Rechtfertigung

Protest gegen Sozialreaktion.

Kundgebung der Berliner Funktionäre der Arbeiter und Angestellten.

Zum Protest gegen den ungeheuerlichen Anschlag der Reichsregierung auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse hatten der Ortsauschuss des ADGB und der ADL-Ortsrat, die Funktionäre der Berliner Gewerkschaften gestern abend zu einer Protestversammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen, die einen außerordentlich starken Besuch aufwies. Der Referent des Abends, Genosse Dr. Broecker vom ADGB, wies einleitend auf die Folgen hin, die das außerordentlich rasche Anschwellen der Arbeitslosigkeit für den Sozialstaat, insbesondere für den Etat der Arbeitslosenversicherung, gehabt habe.

Der Redner schilderte im einzelnen die im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten und kritisierten Abbaupläne, die im Vorstand der Reichsanstalt größtenteils mit den Stimmen der christlichen und Hirsch-Dunderschen Vertreter gegen die Stimmen der freien Gewerkschaften angenommen und von der Regierung zur Grundlage ihres noch weitergehenden „Reform“-vorschlages gemacht worden sind. Die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung auf die Höhe der Krisenunterstützung für alle Arbeitslosen, die nicht mindestens 52 Wochen Anwartschaftszeit haben, sei

ein Ausnahmerecht gegen die Opfer der verfehlten Wirtschaftspolitik

und gleichzeitig ein Schlag gegen alle besser Entlohnerten zum Zweck des Schnittrucks.

Auf dem Wege über die Auslegung des „Begriffes der Arbeitslosigkeit“ wolle man die Bedürftigkeitsprüfung wieder einführen. Gegen diese Pläne der Reichsregierung müsse sich die Arbeiterschaft schützend vor die Fundamente der Sozialpolitik stellen. Die Behebung der Wirtschaftslage, insbesondere durch Abbau der Preise und größere Planmäßigkeit bei Vergütung öffentlicher Arbeiten.

Bediglich diesen Zweck hatten auch die Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Reichsverband der Industrie. In der Verteidigung der Sozialpolitik und des Lohnstandards der deutschen Arbeiterschaft sehen die Gewerkschaften zur Zeit ihre wichtigste Aufgabe, weil gesunde soziale Verhältnisse die wichtigste Voraussetzung für eine Wiederbelebung der gesamten Wirtschaft seien.

Die Konferenz lehnte jede Diskussion über die Vorschläge der Reichsregierung ab und befandete damit ihre einmütige Zustimmung

zu folgender, vom Ortsauschuss und dem ADL-Ortsrat vorgelegten Entschliessung:

„Die Funktionärskonferenz erklärt sich solidarisch mit den Forderungen, die von der gemeinsamen Ausschussführung des ADGB und des ADL-Bundes zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erhoben worden sind. Als vorrangigste Aufgabe, auf die alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft zu vereinen sind, sieht sie umfassende Arbeitsbeschaffungsmassnahmen an, die zu einer Verringerung der furchtbaren Arbeitslosigkeit führen können. Insbesondere fordert sie die Bereitstellung von Mitteln zur Behebung des Baumarktes und die unverzügliche Inangriffnahme aller öffentlichen Arbeiten und Aufträge.“

Mit Entrüstung wenden sich die Funktionäre gegen den Versuch der Unternehmer und der bürgerlichen Parteien, die Wirtschaftskrise zu einem Abbau der deutschen Sozialpolitik auszunutzen. Die in der Arbeitslosenversicherung geplanten unerhörten Verschlechterungen werden das harte Los gerade der häufig Arbeitslosen noch unerträglich machen. Die geplanten Einschränkungen der Krankensicherung könnten nur auf Kosten der Volksgesundheit durchgeführt werden. Statt des Abbaues der Sozialpolitik macht gerade die Wirtschaftskrise einen Ausbau erforderlich, insbesondere einen solchen des Arbeitslosenschutzes durch Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Den Bestrebungen der Unternehmer, einen Lohnabbau durchzuführen, sagen die Funktionäre erbitterten Kampfs an. Sie verurteilen aufs schärfste die einseitige Parteilinie des Reichsarbeitsministers, wie sie in der Verbindlichkeitsklärung des Dringhauser Schiedsspruches zum Ausdruck kommt. Nicht Abbau der Löhne, sondern Steigerung der Kaufkraft und eine der Rationalisierung entsprechende Verflürzung der Arbeitszeit ist die Voraussetzung zur Gesundung der Wirtschaft.

Gegenüber dem Plan, einseitige Belastungen der Arbeiterschaft durchzuführen, fordern die Funktionäre des weiteren die Erleichterung der Absatzmöglichkeit durch Senkung der Preise, insbesondere durch Abbau der Kartell- und Monopolpreise und der Zwischengewinne. Im Interesse einer gerechten Lastenverteilung treten sie ein für die Erhebung eines Rotopfers nicht nur von den Festbesoldeten, sondern von allen höheren Einkommen und Vermögen.“

Die Gewerkschaftsinternationale.

Was über ihre Tätigkeit in den letzten drei Jahren berichtet wird.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seinen Tätigkeitsbericht über die Jahre 1927, 1928 und 1929 herausgegeben, den er dem V. Internationalen Gewerkschaftskongress zu Stockholm vorlegt. Dem Bericht sind solche der dem IGB angeschlossenen Landeszentralen wie die der Internationalen Berufssekretariate beigefügt. Daraus geht die Feststellung, daß die Wirtschaftslage in der letzten Zeit sich bedeutend verschlechtert hat und leider noch keine Anzeichen einer Besserung zu verzeichnen sind. Die nationale und internationale Kartellierung und Vertrustung macht immer größere Fortschritte, ohne jedoch auf die Preisgestaltung einen günstigen Einfluß — im Sinne der Konsumenten — auszuüben. Die auf die Weltwirtschaftskongressen gestellten Erwartungen haben sich nicht erfüllt, die Schutzzölle haben sich sogar in vielen Fällen erhöht.

Doch trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, ist die Mitgliederzahl des IGB. gestiegen. Insbesondere haben die Landeszentralen in Deutschland und in Schweden eine ansehnliche Erhöhung ihrer Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Dem IGB. haben sich drei Landeszentralen neu angeschlossen, und zwar der Griechische Gewerkschaftsbund, die Estländische Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterverband für Südamerika.

Der Einfluß der Kommunisten in der freien Gewerkschaftsbewegung ist so gut wie ganz ausgeschaltet. Die

Kriegsbeheerischen und reaktionären Bestrebungen

in den einzelnen Ländern hat der IGB. stets aufmerksam verfolgt und auf ihre Gefahren hingewiesen. Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung war er bemüht, die Tätigkeit der Arbeitergruppe beim Internationalen Arbeitsamt durch Vorbereitungsarbeiten für die Internationalen Arbeitskonferenzen zu fördern, und auch in der Tätigkeit der Vertrauensleute der Gewerkschaften im Verwaltungsrat des ILL. zeigt sich seine Wirksamkeit.

Seine größte Aufmerksamkeit widmete der IGB. den Wirtschaftsfragen. Der Stockholmer Kongress soll ein eigenes, seit längerer Zeit vorbereitetes

Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaftsinternationale

aufstellen. Mit den Bildungs- und Jugendfragen wie mit den Arbeiterinnenfragen befaßt sich spezielle Komitees. Eifrig propagiert wurde die Forderung auf bezahlten Urlaub. Erwähnt sei noch die große Zahl der vom IGB. durchgeführten Erhebungen. Die Presseberichte des IGB. werden in sechs Sprachen herausgegeben, die Monatschrift in drei Sprachen. In einem neuen statistischen Jahrbuch wurden ausführliche Informationen über die Struktur der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung vermittelt und im Rahmen der „Internationalen Gewerkschaftsbibliothek“ sowie als gesonderte Veröffentlichungen erschienen einige wichtige Arbeiten auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung.

Der Tätigkeitsbericht zeigt, daß der IGB. im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten nach besten Kräften auf allen die Interessen der internationalen Arbeiterschaft berührenden Gebieten erfolgreich gewirkt hat.

Am 1. Abschnitt des Berichts wird die Zusammensetzung des Vorstandes und des Ausschusses behandelt und deren Sitzungen und schließlich das Sekretariat des Bundes. Im Hinblick auf eine Verlegung des Sitzes des IGB. hat er sein Haus an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands verkauft. Am Jahresende 1929 umfaßte der Internationale Gewerkschaftsbund

27 gewerkschaftliche Landesorganisationen mit insgesamt 13 600 367 Mitgliedern.

Mit Ausnahme der Landeszentralen in Afrika und Argentinien war die Zusammenarbeit des IGB. mit den Landeszentralen harmonisch. Eine Reihe finanziell schwacher Landeszentralen wurde mit insgesamt rund 10 000 fl. unterstützt. In Luxemburg besteht ein Drittel der beschäftigten Arbeiter aus Ausländern. Eine Vierländerkonferenz in Luxemburg Anfang 1929 befaßte sich mit der unter diesen Verhältnissen besonders schwierigen gewerkschaftlichen Organisation.

Eine besondere Kommission bemüht sich darum, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Der 2. Abschnitt des Berichts betrifft die Veröffentlichungen des IGB. und seine Bibliothek. Den Internationalen Berufssekretariaten gilt der 3. Abschnitt. Die Zahl der Berufssekretariate betrug Ende 1929, nach Neuaufnahme der Internationale der Lehrer, 27 mit insgesamt 13 669 222 Mitglieder. Von den Berufssekretariaten haben 10 ihren Sitz in Deutschland, davon sieben in Berlin, sieben haben ihren Sitz in Amsterdam, drei in Bern, zwei in Zürich und je eines in Antwerpen, Brüssel, Paris, London und Wien.

Die Beziehungen mit den nicht angeschlossenen Organisationen werden im 4. Abschnitt eingehend erörtert. Der 5. ziemlich kurze Abschnitt gilt dem Gegenstand in Moskau, der 6. dem Kapitel Krieg und Reaktion, der 7. der Sozialgesetzgebung, der 8. den Wirtschaftsfragen und die übrigen drei der Jugend- und Bildungsarbeit, den Arbeiterinnenfragen und dem Finanzbericht. Dem damit auf 126 Seiten abschließenden Bericht des IGB. folgen auf 72 Seiten die Berichte der angeschlossenen Landeszentralen und auf weiteren 53 Seiten die Berichte der internationalen Berufssekretariate.

Kurzum, der 255 Seiten starke Tätigkeitsbericht enthält eine Fülle von Material, dessen Studium jedem Gewerkschaftsmitglied ein anschauliches Bild über die internationale Gewerkschaftsbewegung als Ganzes wie über die Bewegung in den einzelnen Ländern und Berufsgruppen vermittelt.

Die deutschen Sozialrentner.

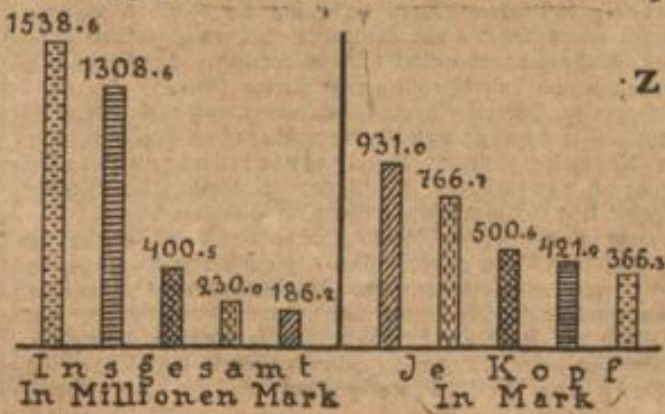
Ihre Jahreseinkommen von 366 bis zu 931 Mark.

Der neue Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald verkündete nach seinem Amtsantritt die Entschliessung, daß in Deutschland mehr als 12 Millionen Menschen von öffentlichen Unterstützungen leben. Es kommt hier nun weniger auf den Streik darüber an, wieviele Mitglieder auf die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angewiesen sind, als vielmehr darauf, wie hoch diese Unterstützungen sind, wie die Unterstühten davon leben können.

Die Alters- und Invaliditätsversicherung zahlt ihren Alters- und Invalidenrentnern durchschnittlich 421,90 M. jährlich, monatlich also 35,15 M., während auf die Unfallrentner

Die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1929

- Arbeitslosenversicherung ■ Invalidenversicherung
- Angestelltenversicherung ■ Unfallversicherung
- Knappschaftliche Pensionsversicherung



300,60 M. jährlich entfallen, monatlich also 41,60 M. im Durchschnitt. Ohne die Zuschunterstützung der Gemeinden könnten die Alterspensionäre wie die Invaliden- und Unfallrentner überhaupt nicht existieren. Und selbst mit der Unterstützung aus der kommunalen Sozialrentnerfürsorge kann in vielen Fällen nur mehr von einem kümmerlichen Existieren die Rede sein.

Wenn der Arbeiter- und Angestelltenchaft die Millionenausgaben für Arbeitslosenunterstützung gemissermaßen zum Vorwurf gemacht werden, so ist zu sagen, daß nicht sie es ist, die die große Arbeitslosigkeit verschuldet, daß aber gerade sie es ist, die durch die Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen wird, und zwar sowohl als Arbeitslosenunterstützungsempfänger wie indirekt als Arbeitende.

Könnte durch die neuerdings ausgelassenen Schwächerungen der Arbeitslosenunterstützung die Arbeitslosigkeit entsprechend verringert werden, dann hätten sie einen Sinn, anstatt lediglich den Zweck, die ganzen Lasten der Wirtschaftskatastrophe auf die Schultern der breiten Masse abzuwälzen, die ohnehin am schärfsten durch sie in Mitleidenschaft gezogen sind.

Doch so wenig der vom Reichsarbeitsminister begünstigte Lohnabbau zu einer wesentlichen Senkung der Preise, insbesondere auch der Lebensmittelpreise führt, so wenig kann der Arbeitslosigkeit durch Verschärfung der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung allgemein abgeholfen werden. Auch die Sozialrentner haben von der jetzigen Regierung nichts zu erwarten, wenigstens nichts Gutes.

Die leitenden Angestellten protestieren. Gegen einen Abbau der Gehälter.

Die in der „Bela“ vereinigte leitenden Angestellten beziehen die höchsten Gehälter. Um so mehr erhebt die „Bela“ „schärfsten Protest“ — nicht etwa gegen den Lohnabbau der Arbeiter auf dem Wege der Verbindlichkeitsklärung, sondern — gegen eine Auslegung und Ausdehnung eines Schiedsspruches für Lohnarbeiter auf Angestelltengehälter, insbesondere auf Angestelltengehälter, die auf freier Vertragsvereinbarung beruhen.

Sie hält einen Gehaltsabbau bei den leitenden Angestellten, deren Gehälter niemals entsprechend den Tarifgehältern erhöht seien, unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen für absolut untragbar.“

Opelwerke entlassen noch mehr Arbeiter. Der Betriebsrat fordert Intervention der Regierung.

Frankfurt a. M., 12. Juni. (Eigenbericht.)

Die Opelwerke in Rüsselsheim haben ihrem Betriebsrat mitgeteilt, die wirtschaftliche Lage mache weitere sehr umfangreiche Arbeiterentlassungen notwendig. Ein großer Teil der Belegschaft ist bereits im Mai entlassen worden.

Der angekündigte Abbau ist um so auffälliger, als die Werke nach nur wenigen Wochen den Geschäftsgang als durchaus befriedigend bezeichnet haben und von einer stark gestiegenen Produktion berichtet. Die Opelwerke haben in der letzten Zeit einen neuen Autotyp herausgebracht und das mit einer sehr lauten Reklame beknüppelt.

Der Betriebsrat, dessen Mehrheit den freien Gewerkschaften angehört, hat sich wegen der angekündigten Abbaumaßnahmen mit einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Regierungen von Hessen und Preußen gewandt und unter dem Hinweis darauf, daß ganze Dörfer der Umgebung von Rüsselsheim durch die Entlassungen wirtschaftlich in geradezu katastrophale Weise betroffen werden, um Intervention gebeten.

Die wirtschaftliche Lage hat sich auch für den Rest der Reichswehr, die nur Kurzarbeit verrichten soll, wesentlich verschlechtert.

Gegen Sklavenarbeit der Eingeborenen Die Zwangsarbeit soll international geregelt werden.

Genf, 12. Juni.

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz haben heute die von der Konferenz eingesetzten Kommissionen ihre Arbeit aufgenommen. Am Vormittag tagte der Ausschuss für die Zwangsarbeit der Eingeborenen in den Kolonien und Mandatsgebieten. Die deutsche Regierung ist durch den ehemaligen Gouverneur von Kamerun, Freiherr v. Rechenberg, vertreten.

Das Internationale Arbeitsamt hat für die internationale Regelung der Zwangsarbeit einen Konventionsskizzenentwurf und zwei Empfehlungen ausgearbeitet, die sich auf den Amtsdirektor ausgearbeiteten Fragebogen beziehen. Kolonialmächte haben teilweise die Arbeit des Internationalen Arbeitsamts auf dem Gebiete der Eingeborenenarbeit erheblich kritisiert.

Die meisten Regierungen haben sich aber in ihren Antworten grundsätzlich mit der internationalen Regelung der Zwangsarbeit im Zusammenhang des Sklavereiaffaires einverstanden erklärt. Portugal hat allerdings mitgeteilt, daß es eine solche Regelung nicht für notwendig hält.

Die heutige Sitzung des Ausschusses war hauptsächlich der Wahl des Vorstandes gewidmet. Vorsitzender ist Gautier, Frankreich. Die Arbeitergruppe beantragte die Vertragsaufhebung, um die Möglichkeit zu erhalten, noch einmal innerhalb der Gruppe zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen. Die Kommission wird am Freitag sofort in die Behandlung des vom Büro ausgearbeiteten Fragebogens und der Vorschläge eintreten.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen beträgt zur Zeit 1 167 900 Personen, dazu kommen 607 200 Arbeitslose, die zeitweise Gelegenheitsarbeit finden. Seit der Woche vor dem 2. Juni ist die Arbeitslosenziffer um 5049 gestiegen. Das bedeutet gegen den 1. Juni 1929 eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 674 975 Personen. Die Arbeitslosen setzen sich zusammen aus 1 274 900 Männern, 415 000 Frauen, 41 400 Mädchen und 43 800 Jungen.

Aufgehobene Sperr. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind die Differenzen in dem Betrieb Restaurant „Heldstrug“, Inhaber Gustav Dräger, Waldstr. 800, beigelegt. Die Sperrung über diesen Betrieb wird hiermit aufgehoben. — Ebenfalls: Paradies-Barien, Inh. Rahl, Mit-Treptow 7.

Betriebsrat 14 der DGB. Heute, 19. Uhr, im Lokal am Schützen, Mitgliederversammlung aller DGB-Genossen und Gewerkschaften. Wichtig Tagesordnung. Der Revolutionsklub.

Lucendaruppe des Zentralverbandes der Angestellten. Heute, Freitag, haben folgende Veranstaltungen statt: Oberförster-Sagardum Konferenz Str. 2. Berufsständlicher Angehörtenabend. — Abend: Jugendleiter-Ges. 16 (Gartenbau am Waldsee Rosenid.). Versprechend. — Schwab: Jugendleiter-Ges. 11 (2. Hof, Quartierstraße 1 Trepp., Zimmer 5). „Unter Uruppenberichtsabend.“ Spiel und Gesang: Ab 19 Uhr auf der kleinen Spielwiese im Hofstr. 11 (an der Feldbahn); ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Genthaidstraße, „Eintracht-Cappell“; ab 18 Uhr auf der Wiese 7 im Treptower Park.



STADT DES VORWÄRTS

BEILAGE

Der Kampf um die Straßenbahn

Auch heute noch das unentbehrliche Massenverkehrsmittel der Großstadt

„Kein Vorkahrtrecht der Straßenbahn!“ Mit solchen und ähnlichen diegedruckten Schlagzeilen erscheinen Beiträge in der bürgerlichen Presse, die von offenbar überaus stark interessierter Seite veranlaßt sind. Abgesehen davon, daß in den Beiträgen ganz offensichtlich Unrichtigkeiten enthalten waren, zeigten sie ein derartig geringes wirtschaftliches Verständnis und eine so große Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, daß sie deswegen gerade vielleicht einer Erwiderung nicht bedürften. Man muß ihnen aber entgegenstellen, um den Pulverstoff, den sie darstellen, schon vor dem Erglimmen zu zerstreuen und die Bevölkerung vor schwersten Schäden zu bewahren. Soweit die Beiträge sich mit der rechtlichen Regelung der sogenannten Vorrrechte der Straßenbahn befassen, brauchen sie hier nicht widerlegt zu werden. Es handelt sich um den Kampf der Kraftfahrer, um die Alleinherrschaft auf der Straße, wenigstens an den Brennpunkten des Verkehrs.

Gewiß hat sich der Verkehr gerade auch in dem letzten Jahrzehnt in einem Maße entwickelt, wie es kaum vorher zu sehen war. Daß die Straßenbahn noch immer das Verkehrsmittel der Bevölkerung ist, ist so klar und so unbestreitbar, daß man darüber irgendeine gegenteilige Ansicht gar nicht äußern kann. Es sei nur gesagt, daß von den 7 Milliarden Personen, die in Deutschland auf den Schienenbahnen befördert werden, mehr als 4 1/2 Milliarden Personen sich des Verkehrsmittels der Straßenbahn bedienen und bedienen müssen. Schon dieser Umstand rechtfertigt es, den Straßenbahnen eine besondere Berücksichtigung zuteil werden zu lassen. Der Gedanke, die Straßenbahnen überhaupt verschwinden zu lassen, haben ihre Gegner ja auch schon geäußert. Die Hauptforderung geht dahin, die Straßenbahnen aus der Innenstadt zu entfernen, weil durch sie angeblich

die gesamte Verkehrsabwicklung

gefährlich verstopft werde. Wenn das auch für einige, besonders gelagerte Fälle gelegentlich zutreffen mag, so fehlen aber leider Vor-

schläge, die dieser Verstopfung abhelfen könnten. Man verweist nur auf den Omnibusverkehr und man will es nicht wahr haben, daß durch diesen Verkehr die gleiche Verstopfung, wenn nicht eine noch schlimmere zwangsläufig eintreten muß.

Die Straßenbahn, die mit einem Zuge oft über 150 bis 200 Personen in einer Fahrt befördert, könnte nur ersetzt werden durch eine Anzahl von Omnibussen,

die dann Wagen an Wagen die Straßen besetzt halten müssen und ebenfalls weder vorwärts, noch rückwärts, noch seitwärts ausweichen könnten, wie die unerträglichsten Zustände in der Londoner und Pariser City bewiesen. Den Vorschlag, den gesamten Verkehr der Massenbeförderung unter die Erde zu legen, wollen auch wir als die beste Lösung anerkennen. Ihr stehen aber genau dieselben Hindernisse entgegen wie dem verstärkten Omnibusverkehr, nämlich einmal die unausbleiblich höheren Tarife, zum weiteren die einfache Erwägung, daß man nicht die gesamten Anlagen der Straßenbahn und das darin angelegte Kapital von mehr als 2 1/2 Milliarden Mark verschleudern kann. Das kann man auch nicht in letzter Zeit mit dem Material, das in den Einzelstrecken liegt. Deutschland kann sich den Luxus einfach nicht leisten, bestehende Betriebsanlagen brachzuliegen, um einzig und allein einem ganz bestimmten Kreise der Bevölkerung Vorteile zu verschaffen. Darauf läuft es aber hinaus,

man möchte der Straßenbahn die angeblichen „Vorrrechte“ nehmen, um seinen Kraftwagen ungehindert „antreten“ lassen zu können.

Wenn überhaupt eine Entfernung der Straßenbahn aus der Innenstadt durchgeführt werden soll, so kann das nur auf viele, viele Jahrzehnte hinaus in planmäßige Umbau und Aufbau geschehen. Dann müssen zuerst aber die wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen sein, die aber das verarmte deutsche Volk auch auf Jahrzehnte hinaus nicht schaffen kann. Werner Kleffel.

Schlauchleitungen anschließen und durch starkes Wassergeben den Brand auf keinen Herd beschränken. — Auch an anderen Stellen in der Umgebung Berlins entstanden kleinere Waldbrände, die in allen Fällen jedoch im Keime erstickt werden konnten.

Kinder in Not!

Schafft endlich eine Krippe für den Friedrichshain.

Der Bezirk Friedrichshain ist als vorwiegend proletarischer Wohnbezirk infolge seiner auf geringer Fläche zusammengepackten Bevölkerungsmasse sozial und gesundheitlich gesehen wohl der schlechteste Bezirk Berlins, nahezu 340 000, meist in Mietkasernen wohnende Menschen, leben auf 1 Proz. der Gesamtberliner Fläche, d. h. ein Zwölftel aller Berliner. Die Wohnungen, die in ihrer überwiegenden Zahl noch in den letzten vier und drei Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts erbaut sind, sind in einem vielfach menschunwürdigen Zustand. Auch die um die Jahrhundertwende erstellten Wohnungen unterscheiden sich von den älteren Wohnungen nur wenig.

Haben doch 41 Proz. der Bevölkerung nicht einmal einen Abort in der Wohnung.

275 000 Menschen leben in viel zu kleinen und engen Wohnungen. 22 000 Kinder bis zum Alter von 6 Jahren sind den schweren Gefahren der Rachitis, Tuberkulose und vieler anderer Krankheiten ausgesetzt. Die Sorge für Säuglinge und Kleinkinder ist daher eine der schwersten der verantwortlichen Leiter des Bezirksamts. Sind schon die unzulänglichen, von kaum einem Sonnenstrahl getroffenen Wohnungen ein gesundheitsgefährdender Aufenthalt für Säuglinge und Kleinkinder, so besteht noch eine weitere Gefahr darin, daß es arbeitenden Müttern unmöglich ist, für die Kinder eine geeignete Bewahrung zu schaffen. Im Bezirk Friedrichshain besteht im Gegensatz zu anderen Bezirken

meder eine städtische noch eine private Krippe.

Die Schaffung einer solchen ist bereits seit Jahren vorgesehen. Seit dem Jahre 1927 sind hierfür Mittel in den Etat gestellt. Im Etat 1927 betrug der hierfür ausgelegte Posten 10 000 M., der Ende 1928 noch mit 9881 M. vorhanden war. Zu dieser auf den Etat 1929 übertragene Summe bewilligte die Stadtverordnetenversammlung weitere 35 000 M., sowie der Bezirk aus seinen Vorbehaltsmitteln 38 000 M. Weitere 10 000 M. waren für einen Hort vorgesehen, so daß bereits im Etatsjahr 1929 eine Summe von 92 881 M. für die Errichtung einer Kinderkrippe zur Verfügung stand. Dasselbe Summe erscheint auch wieder im Etat 1930. Diese bewilligten und demnach noch vorhandenen Mittel wurden jedoch wegen der Sparaktion nicht freigegeben.

Rumnebel bietet sich, nachdem festgestellt, daß das Krematoriumsgelände in der Dorfstraßenstraße seinem eigentlichen Zweck nicht mehr zugeführt wird, die Möglichkeit, in ruhiger Lage des Bezirks, umgeben von einem alten Baumbestand der umliegenden Friedhöfe sowie des Friedrichshains, einen Kinder- und Jugendhort zu schaffen, der seelisch und gesundheitlich die denkbar günstigsten Wirkungen auf die gefährdeten Kinder ausüben dürfte. Durch die Ausnutzung der bestehenden Fundamente wäre es sogar möglich, mit den gleichen Mitteln nicht nur für 25 Kinder, wie vorgesehen war, sondern für 50 Kinder eine Krippe zu schaffen.

Wir haben die Hoffnung, daß der Magistrat mit uns die schnellste Schaffung einer Kinderkrippe für die so stark gefährdete Jugend des Bezirks Friedrichshain für notwendig hält, und daß für diesen Zweck die Krematoriumsruine die günstigste Verwendung finden kann. Die Freigabe der bewilligten Mittel sollte darum im Interesse der heranwachsenden Jugend des proletarischen Bezirkes Friedrichshain nun endlich ohne weitere Verzögerungen durch den Magistrat erfolgen.

Wie sie heßen!

Geschrei um die Einweihung der Neuföllner Großkampfbahn

Seit Tagen geißert ein Teil der bürgerlichen Presse gegen das Bezirksamt Neufölln, weil es zur Einweihung der Großkampfbahn am Sportplatz Tempelhofer Feld, am Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr, nur Arbeiter-Sportvereine zur Mitwirkung herangezogen haben soll. Dasselbe Presse, die es sonst ganz in der Ordnung findet, wenn bei anderen sportlichen Ereignissen nur bürgerliche Sportler teilnehmen, klagt sich jetzt auf das sozialdemokratische Bezirksamt, um ihm Verleumdung der Neutralität vorzumerfen.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Das Bezirksamt hat keine Vereine zur Mitwirkung bei der Einweihung eingeladen, sondern lediglich das Angebot der Arbeiter-Sportvereine, an der Feier mitzuwirken, angenommen. Es glaubte insofern dieses Angebot anzunehmen zu müssen, weil erst vor einigen Wochen bei der Einweihung des städtischen Sportplatzes in Rudow die bürgerlichen Sportvereine allein mitwirkten. Noch nie haben sich die Arbeiter-Sportvereine über eine solche Zurücksetzung beklagt. Mit der Hebe will man lediglich dem sozialdemokratischen Bezirksamt eine awomischen.

Dah es nur so ist, konnte in den letzten Tagen im Haushaltsausschuß bei Beratung der Bedarfsmeldung für 1931 festgestellt werden. Dort beantragte die Deutschnationalen Streichung von 755 000 M. für die weiteren Arbeiten im Sportpark. Wer den Park kennt, weiß, daß täglich Tausende dort Erholung suchen, daß diese Plätze nicht nur für die Sportler, sondern in noch höherem Maße für die Gesamtheit der Bevölkerung geschaffen worden sind. Wenn die Deutschnationalen da von einer Vergeudung von städtischen Mitteln reden, so glauben wir, daß die Wähler allerdings anderer Meinung sind. Die Sozialdemokratie wird den Herrschenden die richtige Antwort erteilen. Die bürgerliche Presse geht weiter damit treiben, daß die Anlagen aus Allgemeinmitteln errichtet worden sind und daß deshalb die Anlagen allen Sportorganisationen zur Verfügung stehen müssen. Sie verschweigt geflissentlich, daß seit Eröffnung der Sportplätze bisher nie Differenzen mit irgendwelchen Vereinen bestanden haben. Tatsache ist, daß alle Sportorganisationen heute schon und auch in Zukunft dort ihre Veranstaltungen treffen können. Weiter wird erzählt, die Sportanlagen hätten jetzt schon 8 1/2 Millionen Mark gekostet. In Wahrheit sind bisher für die Errichtung der Kampfbahn, 7 Sportplätze, 4 Kinderspielplätze und die gesamten Parkanlagen 28 Millionen ausgegeben worden. Davon entfallen allein auf Kostenträger und Wohlfahrtsarbeiten 23 Millionen Mark. Auch das Märchen der bürgerlichen Presse, das Bezirksamt plant ein Parteifeld auf Kosten der Allgemeinheit ist nicht nur lächerlich, sondern insofern hinsichtlich als die bisherigen Kosten genau 1000 RM. betragen, die durch Eintrittsgelder wieder heringebracht werden.

So entpuppt sich der Kampf gegen das Bezirksamt als ein Kampf gegen die Beschäftigung Erwerbsloser. Das der Neuföllner Bevölkerung bei passender Gelegenheit immer wieder zu sagen, werden wir nicht vergessen.

Der „Lunapark“ des Nordens.

Auf den weiten Wiesen an den Schönholzer Schießständen soll der „Lunapark“ des Nordens entstehen. Vorerst ist er nicht als Dauereinrichtung gedacht, nur zweimal im Jahre soll sich dort ein großes Volksfest abspielen, und die erste Probe ist für die Zeit vom 19. Juli bis 1. August d. J. in Aussicht genommen. Eine Himalaya- und eine Wallerutschbahn sollen in stabilen Bauten errichtet werden, ein ganzes „Bayerisches Dorf“ soll den Berliner auf die Alp entführen und ein „Regenwald“ soll ihm die Sitten und Gebräuche Zentralafrikas zum besseren Verständnis bringen. Selbstverständlich fehlen auch die übrigen kleineren Attraktionen nicht, auch wird das nördliche

Lunaparkfeuerwerk an Eilteabenden abgebrannt werden. Die Sportvereine, die auf dem großen Gelände ihre Übungsplätze hatten, sind bereits gekündigt worden, und die Unternehmer des künftigen Lunaparks des Nordens haben das gesamte Gelände auf 15 Jahre fest gepachtet.

Die Bauordnung soll verbessert werden.

Der Städtebauausschuß Groß-Berlin, gebildet aus dem Bunde Deutscher Architekten, der Freien Deutschen Akademie des Städtebaus und dem Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin hat dieser Tage eine Denkschrift herausgegeben. In der Vorschläge für eine Änderung der Bauordnung der Stadt Berlin und für eine Abkürzung und Verbesserung des gegenwärtigen baupolizeilichen Genehmigungsverfahrens gemacht werden. Bei der Uebergabe der Denkschrift an die Presse gab Bauirat Altman einige Erläuterungen, wobei er besonders die Stellung der Denkschrift betonte: das Genehmigungsverfahren in einer Weise zu vereinfachen, daß es nicht mehr, wie es jetzt oft üblich ist, Monate dauert, ehe die Baugenehmigung erteilt wird. Präsident Kühn von der Finanz- und Baugewerkschaft machte in einer kurzen Bemerkung auf die Frage der Hochhäuser aufmerksam. Am Anhalter Bahnhof, wo ein Hochhaus nicht störend wirken könnte, darf nicht gebaut werden, am Kleiſſpark dagegen, wo es eigentlich überflüssig ist, wurde die Baugenehmigung erteilt. Vom Wohlfahrtsministerium müssen in dieser Frage endlich einmal allgemeine Richtlinien aufgestellt werden. Oberbaurat Michaelis von der Berliner Baupolizei gab den Referenten im großen ganzen recht; die Organisation ist zu groß, die einzelnen Ämter arbeiten zwar schnell, müssen jedoch eine Anzahl Stellen häufen, die auf die Gestaltung Berlins einwirken wollen, dadurch wird der Anstanzweg zu groß. Eine Änderung ist hier durchaus erwünscht, damit wird auch der Bauwirtschaft geholfen.

Neue Kleingartenkolonien in Hohenschönhausen.

Für die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung des dichtbesiedelten Ostens und Nordostens Berlins ist es von großer Bedeutung, daß neue Kleingartenkolonien errichtet werden, in denen sich die in engen Mietkasernen lebende Bevölkerung während der Sommermonate erholen kann. Zur Zeit werden nun auf dem der Stadt Berlin gehörenden Gelände an der Wartenberger Straße in Hohenschönhausen und an der Quigowstraße vier neue Kolonien errichtet. Nach dem vom Gartenbau-Beirat entworfenen und vom Bezirksamt genehmigten Plan werden an der Wartenberger Straße drei Kolonien mit 600 Kleingärten, die eine durchschnittliche Flächengröße von 300 Quadratmeter besitzen, errichtet. Inmitten der Kolonien ist eine mehrere Morgen große Spielwiese vorgesehen. Die Kolonie an der Quigowstraße ist voll besetzt, obwohl die Aufteilung erst Mitte Mai begonnen hat. Die Nachfrage ist reg. An der Wartenberger Straße ist eine große Anzahl Parzellen vergeben. Das Gelände reicht an die Kolonie Mühlengrund und kann mit der Straßenbahn 66 und 174 sowie mit dem Autobus 40 erreicht werden. In der Bezirksverammlung des 18. Bezirks wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen, die Kolonisten bei der Ausgestaltung der Hauptwege, Einzäunung, Legung der Wasserleitungen usw. zu unterstützen. Die Parzellen werden an die Bewerber Sonntags vormittags an Ort und Stelle vergeben.

Waldbrand im Grunewald.

Inmitten der Ansbahn am Großen Stern im Grunewald geriet gestern nachmittags ein Waldstreifen von etwa 4500 Quadratmeter Größe, vermutlich durch Unvorsichtigkeit von Ausflüglern, in Brand. Die Feuerwehr eilte mit drei Waggons an die Brandstelle. Da sich in der Nähe der Brandstelle zwölf mehrere Hydranten befinden, konnte die Feuerwehr sofort mehrere

?!
Wenn das Kind keine Milch mehr will, dann geben Sie ihm Milchkatreiner*)
Der wird dreimal so leicht verdaut wie Milch allein!
... und viel, viel lieber getrunken!

*) Rezept: zur Hälfte doppelstarker Kathreiner, zur Hälfte Milch!

Jagdloß als Volkstuntemuseum.

Die Räumlichkeiten in der Klosterstraße, in denen Junf-embleme, Volkskunst, Haus- und Hofmodelle so untergebracht sind, daß sie wegen Raummangels zumeist in Kisten schlummern müssen, werden nun bald verwaist sein. Die geräumigen Zimmer des alten Jagdloßes Grünwald werden diese prächtige Sammlung aufnehmen.

Dieses Jagdloß hat keine eigene Geschichte: Der brandenburgische Kurfürst Joachim II., der durch die geschäftstüchtige Einführung einer katholischen Landeskirche plötzlich zu Reichtum kam, ließ im Jahre 1542 das Schloß erbauen, dessen Schöpfer und Bauleiter Caspar Thresh war. Joachim II., der auf einer Parforcejagd zwei kämpfende Hirsche traf, die sich in ihren Geweihen verfangen, ließ dieses Motiv durch ein Sandsteinrelief über dem Portal des turmartigen Einganges anbringen. Darunter befindet sich eine Inschrift aus dem Jahre 1542. Über dem Sandsteinrelief wurde das Wappen und im Giebel eine Sanduhr angebracht. Joachim II. hielt sich mit seinen Jägern und Hunden, besonders aber mit seiner Geliebten, der Wälscherin Anna Sydow und anderen, gern hier auf. Von einem solchen Liebesidyll berichtet die Sage von der weißen Frau, die Anna Sydow andächtig, nach dem Tode des liebesvollen Herrn vom Jagdloß Grünwald hinab in den See gestürzt worden zu sein. Der Sohn Joachim II., Johann Georg, ließ 1578 durch seinen Baumeister Linnar die älteren, das Schloß umgrenzenden Gebäude errichten. Von 1828 ab begannen von hier ab die Parforcejagden, bis sie nach etwa 50 Jahren nach dem Jagdloß Stern verlegt wurden. Liebesidyll und Jagden im Jagdloß Grünwald gehören vergangenen Zeiten an.

Nun soll das Schloß zum Volkstuntemuseum umgewandelt werden; zu diesem Zwecke wird ein Umbau und eine heraldische Bergplafond der Fensterscheiben notwendig sein. Da die Räumlichkeiten des Jagdloßes selbst nicht ausreichen dürften, dem Museum den notwendigen Raum zu bieten, so werden auch die Nebengebäude in das Projekt einbezogen werden müssen.

Aus der Geschichte des Arbeitergefanges

Die Arbeiterfängerbewegung hat den Sozialismus treu durch die harten Kämpfe der Jahrzehnte begleitet. Victor Ponta schilderte das kürzlich anschaulich in seinem Rundfunkvortrag „Aus der Arbeiterfängerbewegung“. August Bebel war bereits im Jahre 1862 Obmann der Gefangenteilung des Gewerkschaftsbildungsvereins in Leipzig. Dieser Verein — die Arbeiterbildungsvereine waren für Sachsen verboten — erfreute sich nicht nur behördlicher Duldung, sondern erhielt sogar aus dem Stadtrat einen jährlichen Zuschuß von 400 Talern. Doch die Freude währte nicht lange. Als August Bebel sich offen zur Sozialdemokratie bekannte, war es mit der Freundschaft der Stadtväter aus. Wie überall häuften sich auch in Sachsen Schikanen ohne Ende auf die Arbeiterfänger. Doch als 1879 acht Arbeitergefängnisse in Leipzig ein Konzert gaben, hatte man schon ein Musikchor von 300 Sängern beisammen. Der Reinertrag der Veranstaltung, 520 M., wurde dem Fortbildungsverein für Arbeiter zur Gründung einer Bibliothek überwiesen. Mit dem Sozialistengesetz wuchsen die Verfolgungen der Arbeitergefängnisse. Sie wurden zu politischen Vereinen gestempelt, und man unterlagte ihnen daraufhin, Frauen und Kinder in ihren Reihen aufzunehmen — falls man diese Vereine nicht gleich ganz verbot. Man forderte die Vorlage der Statuten und der Mitgliedsliste bei der Polizei. Unternehmer entließen Arbeiter, wenn sie solchen Vereinen angehörten; ja sogar nur die Teilnahme an einem Stiftungsfest wurde für alle Familienmitglieder mit Entlassung geahndet. Niemand, der in irgendeiner festen Stellung war, durfte es wagen, Mitglied bei Arbeiterfängern zu werden; er wäre brütlos geworden. Gastwirte, die einen Raum zum Leben zur Verfügung stellten, wurden von ihren bürgerlichen Gästen

Heute zu Tiets:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf sowie Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten

Preise nur Freitag und Sonnabend

Fleisch und leicht verderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen!

Frisches Fleisch Schweinebauch o. Baile, Pfd. 92 Pf. Schweineschulterblatt Pfd. 1,08 Schweineschinken Pfd. 1,14 Eisbein mit Spitzb., gepökelt, Pfd. 54 Pf. Rücken fett Pfd. 74 Pf. Kassler mild Pfd. von 1,30 an Kalbshaxen Pfd. 68 Pf. Kalbskamm ohne Beilage, Pfd. 94 Pf. Kalbsschnitzel Pfd. von 2,30 an Kalbsroulade Pfd. von 1,68 an Kalbskotelett Pfd. von 1,68 an Hammel-Vorderfleisch, Pfd. von 1,08 an Suppenfleisch Pfd. von 78 Pf. an Schmorfleisch Kessels, Pfd. 1,34 Schabefleisch Pfd. 1,34 Hackepeter gewürzt Pfd. 1,00 Gulasch gemischt, o. Kn. Pfd. 98 Pf.	Junge Tauben Stück von 80 Pf. an	Wurstwaren Sülwurst Pfd. 90 Pf. Dampfwurst Pfd. 96 Pf. Leberwurst Nassm.-Art. Pfd. 1,10 Knoblauchwurst Pfd. 1,15 Jagdwurst Pfd. 1,15 Mettwurst Pfd. 1,25 Schinkenpolnische Pfd. 1,30 Feine Leberwurst Pfd. 1,40 Zervelat od. Salami Pfd. 1,65 Teewurst Pfd. 1,70 Zervelat, Salami Pfd. 1,80 Grobe Teewurst Pfd. 1,80 Feldarmwurst Pfd. 1,85 Schinkenspeck Pfd. 1,90 Feller Speck Pfd. von 95 Pf. an	Käse und Fette Camembert vollfett, St. 20 Pf. Allg. Schanzenkäse 20%, Pfd. 38 Pf. Brie-Ecken 2 Stück 25 Pf. Tilsiter vollfett, Pfd. von 72 Pf. an Dän. Schweizer 30%, Pfd. 80 Pf. Steinbuscher vollfett, Pfd. 80 Pf. Edamer 20%, Pfd. 65, 40%, 90 Pf. Holländer 20%, Pfd. 68 Pf. Kiri 40%, Pfd. 90 Pf. Boyr. Schweizer Pfd. v. 1,38 an Margarine Pfd. 50, 62 Pf. Bratensdumal Pfd. 68 Pf. Molkebutter Pfd. 1,36 Old. Grosbutter Pfd. 1,48 Dänische Butter Pfd. 1,62	Konserven Junge Erbsen fein 1,20 Gemüseerbsen 55 Pf. Jg. Erbsen mit Karotten 95 Pf. Jg. Erbsen m. gesch. Kar. 78 Pf. Junge Karotten 75 Pf. Pfefferlinge 1,50 Wochenend-Konserven in grosser Auswahl zu billigsten Preisen Portug. Oelsardinen 3 Klbd. 95, 4 Port. 98 Pf. Salat 1/2 Fl. 1/2 Fl. 1/2 Fl. 1/2 Fl. 60 Pf. 1 00 1 00 Oel 60 Pf. 1 00 1 00	Kolonialwaren Brudreis Pfd. 18 Pf. Moulmain-Reis Pfd. 30 Pf. Blue Rose Pfd. 36 Pf. Hartweizengriess Pfd. 34 Pf. Weizengriess Pfd. 30 Pf. Eierschnitznudeln Pfd. 50 Pf. Eierfadennudeln Pfd. 50 Pf. Hartgriessmakkar. Pfd. 50 Pf. Fassonnudeln Pfd. 55 Pf. Bakobst! Pfd. von 58 Pf. an Krümelschokoladen-Pulver Pfd. 80 Pf. Frisch gebrannter Kaffee Pfd. von 2 10 an
Gefrierfleisch Schmorfleisch ohne Knochen, Pfd. 1,26 Gulasch ohne Knochen, Pfd. 98 Pf. Suppenfleisch Pfd. von 76 Pf. an Hammelvorderfleisch Pfd. von 88 Pf. an Hammelrücken Pfd. 96 Pf. Hammelkeule Pfd. 1,08 Rinderbacken o. Knochen, frisch, Pfd. 48 Pf. Rinderjungen frisch Pfd. 30 Pf. Rinderherzen frisch Pfd. 58 Pf. Euter frisch Pfd. 26 Pf. Schweineköpfe mit Backe, Pfd. 40 Pf.	Junge Hühner Stück von 1 20 an	Bananen 2 Pfd. 98 Pf. Zitronen Dutzend von 58 Pf. an Tafeläpfel Amerikaner, Pfd. 50 Pf. Kirschen Pfd. 40 Pf. Erdbeeren Pfd. 60 Pf. Radieschen 4 Bund 10 Pf. Stachelbeeren unrohe, Pfd. 20 Pf.	Obst und Gemüse Grüne Gurken Stück v. 18 Pf. an Neue Kartoffeln 5 Pfd. 68 Pf. Salat 3 Köpfe 10 Pf.	Rhabarber 3 Pfd. 10 Pf. Wirsingkohl Pfd. 10 Pf. Schoten Pfd. 30 Pf. Möhren Grosses Bund 25 Pf. Blumenkohl Kopf von 20 Pf. an Kohlrabi Mandel 20 Pf. Spargel Pfund von 5 Pf. an	
Rehblätter Pfund von 90 Pf. an	Hühner Pfund von 82 Pf. an	Konfitüre Elmer od. 2 Pfund Pflaumen 90 Pf. Johannisbeer 1,15 Himbeer, Kirschi 1,30 Erdbeer 1,40 Ananas 1,45 Vierfruchtmarmelade, 85 Pf.	Bowlenweine und Fruchtsäfte 1829 er Obermüller Pfd. 1 00 1829 er Altwiesler, Laibau Pfd. 1 00 1829 er Wittiger Maas Pfd. 1 00 1829 er Winziger Eckstein Pfd. 1 40 1829 er Sandheimer Lay Pfd. 1 40 1829 er Liebsbräu Pfd. 1 40 1829 er Edenkobener Pfd. 1 40 1829 er Edenkobener Pfd. 1 40 1829 er Edenkobener Pfd. 1 40	HIMBEER-SAFT sehr gute Qualität, mit Raffinade, einsch. Flasche, 1/2 Fl. 1 40 10 Pf. 13,50 auch vorl.	

Die Bewucherung der Städte

Herr Haberland und die Reform des Enteignungsgesetzes

In der „Vossischen Zeitung“ hat kürzlich Kommerzienrat Haberland die Frage aufgeworfen, ob das gegenwärtige Enteignungsgesetz reformbedürftig sei. Nach Betrachtungen über die Enteignung des Aschinger-Hauses am Alexanderplatz kommt der Verfasser zu dem Schluss, daß kein Grund bestehe, das jetzige Enteignungsgesetz abzuändern. Wörtlich heisst es: „Das bestehende Gesetz trägt allen Erfordernissen in vollem Umfang Rechnung. Es ist keineswegs reformbedürftig. Die Städte müssen sich bei ihren Maßnahmen von vornherein darüber klar werden, welche Unkosten durch die Ausführung entstehen, und müssen versuchen, andere Wege zu finden, bei denen die Unkosten geringer sind.“

So einfach und harmlos, wie sie Herr Haberland hinstellen möchte, sind die Dinge nun aber doch nicht.

Eine Reform des Enteignungsgesetzes scheint mir — wie ich schon in meinem Artikel „Hemmungen der großstädtischen Bodenpolitik“ in der Zeitschrift „Die Gemeinde“ (17. Heft von 1929) ausgeführt habe, außerordentlich dringend zu sein. Für die Enteignung gilt in Preußen noch heute das „Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum“ vom 11. Juni 1874,

das den großstädtischen Verhältnissen der Gegenwart nicht mehr Rechnung trägt.

Nach diesem Gesetz ist nicht der angemessene, sondern der volle Wert zu entschädigen, worunter Rechtsprechung und Literatur den individuellen Wert verstehen, der auch den entgangenen Gewinn umfaßt. Diese Bestimmung führt nun in der Praxis dazu, daß die Eigentümer enorme, die „angemessenen“ Grundstückspreise weit übersteigende Entschädigungen erhalten. In kleineren Städten und

Landgemeinden, wo die Spekulation weniger kraft in die Erscheinung tritt, mag eine übermäßige Bereicherung der zu Enteignenden selten sein. In einer Weltstadt wie Berlin aber bietet das Gesetz Spekulant und Konjunkturgewinnler die Möglichkeit, die Stadt in unerhörter Weise zu bewuchern.

Durch diesen Kardinalfehler der Enteignungsgesetzgebung werden die Grundstückspreise auch beim freihändigen Verkauf durch die Stadt in die Höhe getrieben. Weil die Eigentümer wissen, daß sie im Falle der Enteignung Entschädigungen erhalten, die sie beim Verkauf an einen Privatmann niemals erzielen würden, lassen sie es darauf ankommen. Hätten sie nur mit einer „angemessenen“ Entschädigung zu rechnen, dann würden sie auch beim freihändigen Verkauf nur einen angemessenen Preis fordern. Wehnlich verhält es sich mit den Mietern und Pächtern der Grundstücke, die oft Beträge von langer Dauer abschließen, um große Abfindungen zu erhalten.

Der Bewucherung der Städte muß durch eine Abänderung des preussischen Enteignungsgesetzes Einhalt geboten werden.

Da die Reichsverfassung nach Artikel 153 nur die angemessene Entschädigung verlangt, wäre eine Abänderung der preussischen Vorschriften durch einfaches Gesetz möglich.

Im Gegensatz zu Herrn Kommerzienrat Haberland bin ich deshalb der Ansicht, daß eine Reform des Enteignungsgesetzes nicht nur dringend erforderlich ist, sondern schon sehr lange notwendig war, zum Schaden der Allgemeinheit aber bisher unterblieben ist.

Autobuschauffeur verurteilt.

Durch fahrlässiges Ueberholen hat der Autobuschauffeur Winger am 28. November 1929 einen schweren Verkehrsunfall herbeigeführt.

Winger fuhr einen Autobus der Linie 5. In der Schloßstraße in Steglitz fuhr vor ihm ein Lastauto, das er kurz vor der Haltestelle überholte, um dann scharf nach rechts an die Haltestelle einzubiegen. Dabei streifte er von vorn das Lastauto. Dieses wurde auf den Bürgersteig gedrückt und fuhr in eine Schaufensterscheibe. An der Haltestelle hatten mehrere Personen gestanden. Eine Frau wurde verletzt, während eine andere Frau einen Stoß erhielt, so daß sie in eine Fensterscheibe fiel. Sie starb an den Folgen der Verletzungen.

Winger hatte sich kürzlich vor der Verkehrsabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte zu verantworten. Nach anfänglichen Beugnissen gab er schließlich zu, daß er kurz vor dem Lastauto eingebogen sei und daß er dabei die eigene Geschwindigkeit des anderen Wagens nicht in Rechnung gestellt hatte. Er entschuldigte sich damit, daß er, der früher Schaffner gewesen war, erst seit einem Monat als Autobuschauffeur tätig war.

Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis.

Sommerzeit — Wanderzeit — Reisezeit. Auf dieses Motto hat der Leiter der von der Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen herausgegebenen Zeitschrift „Gesundheit“, Dr. med. Rosbacher, die neueste Nummer der Zeitschrift gestellt. Professor Dr. Großjahn gibt hygienische Wanderregeln, Generalsekretär Dr. Max Hirsch schreibt über die richtige Erholung, Dr. Kurt Bock über Zeittage erleben, Stadtkonze Dr. G. Stumach über rechtliche Kinder in der Großstadt.

Fische und Räucherwaren

*Schellfisch mit Kopf, ga. Pfd. 26 Pf.	*Makrelen .. 2 Pfd. 25 Pf.
*Seelachs im ganzen, Pfd. 18 Pf.	Bundaale Band von 30 an
*Kabeljau im ganzen, Pfd. 16 Pf.	Seelachs geräuchert, Pfd. 38 Pf.
*Rotbars Pfd. 20 Pf.	Schellfisch geräuchert, Pfd. von 38 an
*Zander gefroren, Pfd. von 60 an	Goldbars geräuchert, Pfd. 42 Pf.
*Kabeljaufilet ohne Bauchlappen, Pfd. 26 Pf.	Räucherflundern Pfd. 50 Pf.
lebende	Stückenlachs Pfd. 1 30
*Schleie, Aale Pfd. von 1 20 an	

*) In allen Häusern ausser Andreasstrasse

Obst und Gemüse

Grüne Gurken Stück v. 18 Pf. an
 Neue Kartoffeln 5 Pfd. 68 Pf.
 Salat 3 Köpfe 10 Pf.

Rhabarber

3 Pfd. 10 Pf.
 Wirsingkohl Pfd. 10 Pf.
 Schoten Pfd. 30 Pf.
 Möhren Grosses Bund 25 Pf.
 Blumenkohl Kopf von 20 Pf. an
 Kohlrabi Mandel 20 Pf.
 Spargel Pfund von 5 Pf. an

HIMBEER-SAFT

sehr gute Qualität, mit Raffinade, einsch. Flasche, 1/2 Fl. **1 40**
 10 Pf. 13,50 auch vorl.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, dem 12. Juni.

1. Rennen. 1. Diamant (Juch jr.), 2. Dornsch, 3. Siegmund, 4. Günter. Toto: 53:10. Platz: 16, 14, 13, 15:10. Ferner liefen: Britol, Ramu, Dornsch, Steinlauf (a. B.), Tulla, Vlnar, Litens, Trama, Krola, Kellner, Dornsch.

8. Rennen. 1. Banell (H. Wils), 2. Luitin, 3. Gustaf Junin. Toto: 21:10. Platz: 11, 12, 13:10. Ferner liefen: Banco, Zuff, Weilerhild, Aurgall, Don Jolo, Ver Alpen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Gesellschaft: Berlin S 14. Gedächtnis 17-18. 2. Te. Freitag, 12. Juni. 19.30 Uhr. Kameradschaft Berlin: 30 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Pflanz, Steinmeyer, 36. Ram. Scholz spricht über „Wir und der Reichsbanner“.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 13. 6. Staats-Oper Unter d. Linden. Cavalleria rusticana Bajazzi. Ende 22 1/4 Uhr.

Freitag, 13. 6. Staats-Oper Unter d. Linden. Rigoletto. Ende 22 1/4 Uhr.

Freitag, 13. 6. Staats-Oper Unter d. Linden. Die Fledermaus. Ende 22 1/4 Uhr.

Freitag, 13. 6. Staats-Oper Unter d. Linden. Die Fledermaus. Ende 22 1/4 Uhr.

Freitag, 13. 6. Staats-Oper Unter d. Linden. Die Fledermaus. Ende 22 1/4 Uhr.

Wintergarten. Horlick-Truppe - 3 Kitaros - Dekker & Pan - 2 Benedettis. Neu!

Theater i. d. Behrenstr. 53-54. Mein Vetter Eduard. Schwan in 3 Akten von Fred Roos.

Volksbühne Theater am Silesowplatz. Julius Caesar. Regie: Karl Heinz Maritz.

Staatsoper Am Pl. d. Republik. Rigoletto. Ende 22 1/4 Uhr.

Bar-bar Prater Sommergarten. Die Fledermaus. Ende 22 1/4 Uhr.

Reichshallen-Theater. Das wundervolle Juni-Programm der Stettiner Sängler.

Sommerprossen. Schumann-Tournee N. Brüllerer Straße 12. Progrete 2. Horn. W. Dittmar 42.

Metropol-Th. Täglich 8 1/2 Uhr. Mit Dir allein auf einer einsamen Insel. Michael Bohner, Alfred Braun, Flore, Hoffmann.

Residenz-Theater. Meine Frau die Kokotte. Für Jugendl. verb. Reduzierter Bühn. Preis.

Kammerspiele. Jphigenie. von Wolfgang v. Goethe. Bühnenregie und Regie: Eduard von Helldorf.

Verkäufe. Kopierwerk. Für Qualitätsarbeiten haben wir einen großen Runderwerb veranstaltet.

Lessing-Theater. Heute Abend wird aus dem Stegrett gespielt. von Pirandello. Regie: Gustav Hartung.

Unsere „Lubusluft“. Referent Kamerad Kowal. - Reichsbanner: Sonntag, 15. Juni, 8 Uhr. Abf. Schlitten. Reichsbanner: Sonntag, 15. Juni, 8 Uhr. Abf. Schlitten.

Achtung Siedler! Sonntag nach Pfingsten am 15. Juni 1930, nachm. 3 Uhr. Vortrag des Herrn Gemeinde-Vorstehers Thormann, Neuenhagen im Rennbahn-Restaurant Hoppegarten.

Kleines Theat. Merkur 1624. Täglich 8 1/2 Uhr. Max Adalbert in Das Parfum meiner Frau. Theater d. Westens. Täglich 8 1/2 Uhr. Der Bettelstudent.

Musikinstrumente. Klaviers. 130, 175, 200, 275, 425. Gebrauchte große Auswahl.

Kaufgesuche. Jagdschlösser, Blotzschloß, Köpenick, Dier, Gardschloß, Silberstein, Volkshaus, Gieschloß, Ruppertsberg.

Wäschereien. Geschwänderei und Feinplätterei. Walter Ulrich, Franzfurterstraße 71.

Erfolgswort. Gesundheitszustand. Hier ist Gesundheit. Hier ist Erfolg.

Vermietungen. Zuber, Rebenweg, Groppe, Werder, 10. Hofhaus, Silesowstraße 71.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Reichsbannerbeziehung von Reichsbanner in Gieschloß. Angebote unter D. 29. Hauptpostkassette des Reichsbanners.

KAJOT. KAJOT-Kleidung bedeutet beste Arbeitskleidung Berufskleidung. Sie ist praktisch, haltbar und preiswert durch eigene Fabrikation.